

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Kölnischen Park 2.

Inserate: Die 6gespaltene Nonpareillezette oder deren Raum nach Goldmark 50 Pf., Arbeitervermittlungen 30 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

## Im Verband liegt unsere Kraft!

Es ist eine alte Erfahrung, daß sich die Qualität der Lohn- und Arbeitsbedingungen jedes Berufes in der Stärke seiner gewerkschaftlichen Organisation widerspiegelt. Günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren in früheren Jahren nur in Orten zu finden, wo eine gewerkschaftlich gut geschulte Arbeiterschaft im täglichen Kleinkampf an der Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer Lebenslage arbeitete. Umgekehrt ist gewerkschaftlicher Indifferentismus überall gleichbedeutend mit der rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeitskraft des einzelnen. Der Unternehmer ist als Besitzer der Produktionsmittel dem Arbeiter, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft, wirtschaftlich weit überlegen. Der Arbeitslose muß, um überhaupt wieder Beschäftigung zu finden und dem drohenden Hunger zu entgehen, die Arbeitsbedingungen annehmen, die ihm der Unternehmer diktiert. Er ist der Willkür des Unternehmertums wehrlos überliefert, wenn er nicht den Schutz einer starken Organisation genießt. Ein Unternehmer, der über genügend Produktionsmittel verfügt, kann unter Umständen als Einzelner wirtschaftlich stärker sein als eine Unternehmerorganisation. Dagegen bleibt der einzelne Arbeiter ohne Hilfe seiner Gewerkschaft immer machtlos.

Die Nachkriegszeit konnte diese wirtschaftlichen Zusammenhänge vorübergehend verdecken, aber nicht beseitigen. Die Rechte, die der Arbeiterschaft durch die Revolution und ihre Gesetze in den Schoß fielen, sind nicht überwältigend groß, aber immer noch größer als der Zuwachs der Arbeiterverbände an gewerkschaftlicher Macht. Zwar konnten alle gewerkschaftlichen Organisationen ihre Mitgliederzahl in der Nachkriegszeit annähernd verdoppeln. Der Zuwachs an geübten Kämpfern blieb trotzdem gering. Für die innere Festigung und für die Stoßkraft einer Gewerkschaft bedeutet die numerische Stärke viel, aber lange nicht alles. Leider ist es den Gewerkschaften nicht gelungen, die neugewonnenen Mitglieder alle zu gewerkschaftlichen Kämpfern zu erziehen. Die Organisationen mußten während der Inflationsjahre ständig für den Lohnausgleich sorgen; dafür zahlten viele Mitglieder ihre Beiträge und überließen im übrigen die Lösung der gewerkschaftlichen Probleme den Betriebsvertretungen und den übrigen Verbandsfunktionären. Diese dekorative Gewerkschaftsmacht reichte aus, solange die Unternehmer an sie glaubten. Es verhielt sich mit ihr ähnlich wie mit der Macht der deutschen Papiermarkbillionäre. Diese Macht brach zusammen, als die Schleier gelüftet wurden. Bei der Demaskierung der Gewerkschaftsmacht, die im Vorjahre mit dem Generalangriff der Unternehmer auf die bestehenden Tarifverträge begann, zeigte es sich, was an Idealismus, Kraft und Kampfesmut unter den Gewerkschaftsmitgliedern vorhanden war. Vieles war recht gut. Manche von den neugewonnenen Gewerkschaftsmitgliedern haben aber die Feuerprobe nicht bestanden. Sie sind fahnenflüchtig geworden, teils aus Egoismus, teils, weil sie die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes nicht erkannt hatten.

Wir Holzarbeiter können uns glücklich schätzen, daß unser Verband die Angriffe der Unternehmer im Verhältnis zu den übrigen Arbeitnehmerverbänden mit am besten überstanden hat. Rund 90 000 Kollegen haben im Vorjahr unter ungeheuren persönlichen Opfern den Achtstundentag und die sonstigen tarifvertraglichen Arbeitsrechte gegen die Verschlechterungspläne der Unternehmer verteidigt. Was unsere kämpfenden Kollegen zusammenhielt, war der Glaube an ihre gute Sache, an die Macht ihres Verbandes und an das Vertrauen auf sich selbst und ihre Mitkämpfer. In finanzieller Unterstützung konnte der Verband weit weniger bieten als bei früheren Kämpfen. Seine Kassen waren infolge der Inflation geschwächt. Wohl sind 2,72 Millionen Mark Streikunterstützung aufgebracht worden. Auf 90 000 Streiter für 2 510 000 Arbeitstage verteilt, trifft auf den einzelnen nur wenig. Um so höher sind die Erfolge zu bewerten, die trotz der ungünstigen Kampfeslage erreicht worden sind.

Nicht in allen Berufsgruppen unseres Verbandes liegen die Organisationsverhältnisse und die Lohn- und Arbeitsbedingungen gleichmäßig. So sind in der Sägewerksindustrie und in verschiedenen anderen Branchen die neuen Abschlüsse der Tarifverträge weit magerer ausgefallen als im Tischlergewerbe. Sicher liegen keinerlei volkswirtschaftliche Gründe vor, die für die Sägewerksarbeiter eine längere Arbeitszeit und schlechtere Löhne rechtfertigen als für die angelehrten Arbeiter im Tischlergewerbe. Auch die großen Lohnunterschiede, die zwischen den verschiedenen Landestarifverträgen selbst der gleichen Branche noch bestehen, sind volkswirtschaftlich nicht begründet. Sie können aber erst beseitigt werden, wenn unsere Mitglieder in allen Berufen das Beispiel ihrer Tischlerkollegen nachahmen und die Schlagfertigkeit ihrer Organisation ausbauen. Das muß geschehen, damit die Einbruchsstellen, die der Angriff der Unternehmer im vorigen Jahr auch in unserem Verband hinterließ, bald wieder geschlossen werden können.

Bei unseren gewerkschaftlichen Kämpfen gibt es keine Ruhepause. Dafür sorgen schon die Unter... alles aufbieten, um ihre früheren Herrenrechte zurückzuerobern. Der wirtschaftliche Krieg um den Achtstundentag ist noch lange nicht beendet. Die Holzarbeiter können und wollen nicht warten, ob ihnen irgendeinmal der gesetzlich geregelte Achtstundentag als reife Frucht in den Schoß fällt. Es wird

in der Holzindustrie keinen dauernden Friedensschluß geben, bis die Unternehmer den Achtstundentag tarifvertraglich restlos überall anerkannt haben. Wir sind überzeugt, daß der Achtstundentag in der ganzen Holzindustrie wirtschaftlich sehr wohl tragbar ist. Mit dem Schlagwort von der schädlichen Wirkung des schematischen Achtstundentages möge man uns endlich verschonen. Die deutschen Holzarbeiter wollen nicht einen schematischen Achtstundentag. Sie waren früher und sind auch heute bereit, vorübergehend Mehrarbeit zu leisten, wenn sie über die wirtschaftliche Notwendigkeit von Überzeitarbeit mitentscheiden können. Hoffentlich hat das Unternehmertum der Holzindustrie aus den Arbeitszeitkämpfen des Vorjahres die richtige Lehre gezogen. Es ist ihre Schuld, wenn sie im Holzgewerbe zur Durchführung der 60stündigen wöchentlichen Arbeitszeit 20,5 Millionen Arbeitsstunden durch Aussperrung nutzlos vertan haben. Der Schaden, der durch diese verschleuderte Arbeitszeit unserer Volkswirtschaft entstand, hätte sich verhüten lassen durch die friedliche Beibehaltung der regelmäßigen Arbeitszeit von wöchentlich 48 Stunden. Der Arbeitszeitverlust kann in den nächsten Jahren im Holzgewerbe überhaupt nicht wieder eingeholt werden.

Neben der Verteidigung des Achtstundentages bleibt im Vordergrund unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit das Streben nach einer besseren Entlohnung. Wir wollen weder die Unternehmer noch die staatlichen Behörden im unklaren darüber lassen, daß die Holzarbeiter auf die notwendige Steigerung ihres Reallohnes nicht verzichten werden. Leider ist zu befürchten, daß die Unternehmerverbände freiwillig selbst in solchen Landesteilen Lohnerhöhungen nicht bewilligen, wo die Arbeitslöhne ganz offensichtlich rückständig sind und so eine Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe in den übrigen Teilen des Reiches bilden. Hier wird dann nichts anderes übrig bleiben, als mit der Macht der Organisation nachzuhelfen. Ist der Streit für uns auch nicht Selbstzweck, so dürfen wir ihm doch nicht aus dem Wege gehen, wenn die Gegenseite aus angeborener Herrschsucht jede friedliche Verständigung ablehnt.

Wir wissen, daß manche Unternehmer der Holzindustrie auch heute noch grundsätzliche Gegner von Tarifverträgen sind. Allzu ernst braucht man aber deshalb das Geschrei der „Holzindustrie“ nicht zu nehmen, die unlängst den Abschluß von Reichstarifverträgen oder Landestarifverträgen als Wahnsinn bezeichnete. Wir nehmen es auch nicht allzu tragisch, wenn das offizielle Unternehmerorgan der Holzindustrie mit Pathos erklärt: „Unser schlimmster Feind sind und bleiben die Gewerkschaften.“ Weit gefährlicher sind die Methoden, die die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und ihre Helfershelfer im Kampf gegen die Tarifverträge anwenden. Die Spitzenorganisation der deutschen Unternehmer handelt nach dem Grundsatz: „Teile und herrsche.“ In neuerer Zeit gehen ganz merkwürdige Schachmatt durch die Arbeitgeberpresse. Die Unternehmer loben die christlichen und gelben Gewerkschaften, ja, sie fangen sogar an, die bisher so arg verlästerten Betriebsräte zu umschwärmen. Sie wollen mit „ihren“ Arbeitern Betriebsgemeinschaften gründen und Betriebsvereinbarungen abschließen, um auf diese Weise dem Gedanken des Tarifvertrages das Genick zu brechen. Zwar sollen diese Pläne nach den Angaben der Unternehmer nicht gegen die Arbeiterschaft gerichtet sein. Die Unternehmer sagen, daß auch sie den nackten Egoismus im Individualprinzip bekämpfen. Darum wollten sie nicht zurückkehren zum Einzelarbeitsvertrag. Nur das starre Organisationsprinzip des Tarifvertrages soll durch Betriebsvereinbarungen ausgeschaltet werden. Nach Meinung der Unternehmer bleibt für die Gewerkschaften noch viel Arbeit übrig, wenn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht mehr von diesen, sondern von dem Unternehmer selbst mit seiner Betriebsvertretung geregelt werden. Dafür wollen die Unternehmer dann mit den Gewerkschaften eine Volksnotgemeinschaft bilden. — Nachtigall, ich hör' dir laufen!

In die Praxis umgesetzt, bedeuten diese Pläne der Unternehmer nicht anderes als die Zerstörung der Arbeiterorganisationen und die gleichzeitige Förderung der Unternehmerverbände. Der Ernst, mit dem die Unternehmerpresse ihre Gedankengänge propagiert, muß allen Arbeitnehmern Ursache sein, wachsam und gerüstet zu bleiben.

Sicher ist niemand von unseren gewerkschaftlich geschulten Mitgliedern bereit, auf die Mitwirkung des Verbandes bei der Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen zu verzichten und an Stelle des Tarifvertrages eine Betriebsvereinbarung abzuschließen. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist außerdem ganz bestimmt gewillt, ihre Organisationen und ihre Tarifverträge jederzeit vor dem Angriff der Unternehmer zu schützen. Dazu gehört aber, daß wir alle ununterbrochen an dem organisatorischen Ausbau und an der Kampfesfähigkeit unseres Verbandes arbeiten. Unablässig müssen wir werben, um dem Verband neue Mitglieder zuzuführen. Die Verbandsmitglieder müssen aber auch geschult und vom richtigen gewerkschaftlichen Geist erfüllt werden. Tun wir dies, dann gibt es auf alle väterlichen Ermahnungen, schulmeisterlichen Lehren und gehässiger Angriffe der Unternehmerpresse gegen die freien Gewerkschaften nur eine Antwort; sie lautet: Wir wollen Kampforganisation bleiben!



# Die Sozialpolitik in Deutschland.

Von Robert Schmidt.

Der Krieg und die Nachkriegszeit haben in der Erfüllung sozialer Aufgaben einen schweren Niedergang hervorgerufen, von dem wir uns noch nicht voll erholt haben. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß die großen Vermögen, die in der Arbeiterversicherung angeammelt waren, restlos verloren gegangen sind. Die Inflationsperiode hat auch hier ihre verheerende Wirkung ausgeübt und den Fonds, der mühevoll, zum nicht geringen Teil durch Arbeiterbeiträge, entstanden war, verschwinden lassen, als mit der Stabilisierung unserer Währung auch der Besitz an solchen Vermögen in ein Nichts verfant. Ob wir einen solchen Entwicklungsgang gehen mußten, soll hier nicht erörtert werden, es genügt, die harte Tatsache festzustellen.

Nun muß der Aufbau sich vollziehen, der leider nur langsam seinen Weg nimmt. Die Renten in der ganzen Sozialversicherung waren durch die Markentwertung auf ein elendes Niveau herabgedrückt. Als die Festigung der Währung eintrat, wurden die Renten langsam gehoben, erreichen aber noch nicht den Stand der Vorkriegszeit. Berücksichtigt man, daß insbesondere die Renten in der Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung nie befriedigend, vielmehr sich in sehr dürftigen Grenzen hielten, so läßt sich leicht erkennen, wie berechtigt der Unwille ist, der in Arbeiter- und Angestelltenkreisen sich gegen diesen Rückschlag in der Sozialversicherung geltend macht. So stehen die Invaliden der Arbeit vor einer Fürsorge, die ungenügend ist und die bitterste Not aus den Familien nicht fernhält. Es mag anerkannt werden, daß man in der Versicherung nicht restlos zum alten System der großen Kapitalansammlung zurückgekehrt ist, sondern die Beiträge mit den laufenden Lasten in Einklang brachte, also zum Umlageverfahren überleitete. Allerdings blieb auch ein anderer Weg nicht übrig, denn wollte man warten, bis die ehemaligen Summen der Reservefonds wieder aufgefüllt waren, so hätte man die soziale Fürsorge auf diesem Gebiet vorläufig vollständig einstellen müssen.

Vollzog sich die Rückkehr zu den ehemaligen Leistungen nur langsam, und brachten sie keine Befriedigung in Arbeiterkreisen, so mußte die Einstellung des Unternehmertums zu dieser Frage eine tiefgreifende Erbitterung auslösen. Die Unternehmerpresse führte einen ganz gleich gerichteten Kampf gegen den Wiederaufbau der Sozialversicherung. Der neue Zweig der sozialen Fürsorge, die Arbeitslosenunterstützung, hatte es ihnen besonders angetan, die Bemühungen in der Krankenversicherung, die Familienfürsorge allgemein anzunehmen, schien ihnen übereilt, wenn sie nicht grundsätzlich eine vollständige Abweisung erhief. Man trieb eine Agitation, die in geradezu leichtfertiger Weise die Lasten der Sozialversicherung viel höher berechnete, als sie tatsächlich bei genauerem Zusehen sich ergaben. In der bürgerlichen Presse wurde unter Berufung auf die Urteilsunfähigkeit dieser Kreise dargetan, daß bei einer solchen Belastung die Industrie konkurrenzunfähig sei, die Belebung unserer Wirtschaft gehemmt werde, wenn nicht die Lasten gemindert würden. Man gab sich den Anschein, als ob nur die deutsche Industrie solche Lasten zu tragen habe, das Ausland davon frei sei. Nun weiß jeder, der sich mit der Sozialversicherung beschäftigt, daß wir heute gegenüber dem Ausland auf diesem Gebiet im Rückstand sind. Das Ausland ist uns hier seit langem nicht nur nachgekommen, sondern es ist darüber hinausgegangen, was unsere Versicherungseinrichtungen uns boten.

Die Übertreibung war so maßlos, daß sich das Arbeitsministerium veranlaßt sah, die Rechnung der Unternehmervertreter nachzuprüfen, die nun ergab, daß ungefähr mit 20 Prozent Aufschlag von jener Seite gearbeitet wurde. Damit richtete sich nunmehr die Wut derjenigen, die den Ausbau der Sozialversicherung anstreben, gegen das Arbeitsministerium, ohne daß an den sachlichen Feststellungen irgendeine Änderung notwendig wurde.

Arbeiter und Angestellte werden sich aber darüber nicht im Jertum befinden, daß auch von ihren Organisationen und der Vertretung im Parlament der nötige Nachdruck geübt wurde, um nicht den Stillstand oder gar den Rückschritt in der Sozialversicherung herbeizuführen. Nun heißt es aber weder Stillstand noch Rückschritt, die Fortentwicklung muß mit allem Nachdruck betrieben werden!

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes steht im Vordergrund die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Der erst streng ablehnenden Haltung der Regierung ist eine mildere gefolgt. Und wenn es in dieser Frage zu einer Anerkennung des Abkommens kommt, darf die Gewerkschaftsbewegung wohl mit Fug und Recht darauf hinweisen, daß es nicht zuletzt ihren Bemühungen gelang, diese Wendung in der Entscheidung herbeizuführen.

Im Reichstag wurde von dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Dörmann, unsere grundsätzliche Stellung hervorgehoben. Er sagte in der Sitzung vom 3. Februar:

Das Washingtoner Abkommen muß ratifiziert werden, und zwar auf schleunigstem Wege. Nun ist hier eine Druck Sache vorliegen, die im Ausgang eine Erklärung wiedergibt, die die Reichsregierung im Epöthommer vorigen Jahres, als der Reichstag Ende August auseinanderging, abgegeben beabsichtigte. Es ist wohl anzunehmen, daß der Reichsarbeitsminister an der Abfassung dieser Erklärung teilgenommen hat. In ihrem Schlußsatz heißt es:

Ist bei der Regierung als selbstverständlich vorausgesetzt, daß zur Begleitung außerordentlicher Gefährdung durch Lebensnotwendigkeiten der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung findet.

Dagegen legen wir von vornherein nicht nur schärfste Verwahrung ein, sondern erklären dem Herrn Reichsarbeitsminister gegenüber solchen Auslassungen den allerhöchsten Kampf; denn das hieße den Achtstundentag scheinbar einführen, in der Praxis aber förmlich Ausnahmen aufnehmen, daß aus der Ausnahme die Regel wird."

Der Arbeitsminister Brauns hat sich zwar nicht sehr bestimmt zu der Frage geäußert, aber es wird ja nunmehr Sache des Reichstags sein, die Gesetze genau zu prüfen, die bei einer Zustimmung zu dem Abkommen eingebracht werden müssen.

Mit aller Schärfe ist im Reichstag auch die Verzögerung geübelt, die vom Ministerium gegenüber der Anwendung des § 7 der Arbeitszeitverordnung geübt wurde. Die Verordnung, daß vom 1. April an an Hochöfen und in Kokereten beschäftigte Arbeiter wieder zur Dreischichteneinteilung zurückkehren, ist vollkommen ungenügend, die Rückkehr zum Achtstundentag allgemein dringend erforderlich.

Die Arbeiterschaft wird sich von dieser Auffassung nicht abbringen lassen, denn es ist eine Forderung, die zu erfüllen nicht nur Aufgabe der Gewerkschaft ist, sondern auch der politischen Vertretung der Arbeiterschaft. Aber wir müssen auch wieder Zeit gewinnen und einen Ideengleichklang in unserer Organisation vorfinden, der uns im Kampf die Stohkraft gibt, vorwärts zu kommen. Im müßigen frivolen Streit, ob es nicht gelingt, diesen oder jenen in den eigenen Reihen anzuklagen, er habe diese erste Forderung des Arbeiterschutzes verraten, gewinnt die Organisation weder Ansehen noch kann sie erfolgreich den Weg zum sozialen Fortschritt bereiten. Vor uns steht eine geschlossene Phalanx der Gegner, der wir nur eins gegenüberstellen können: den einheitlichen Willen der Arbeiterbewegung.

## Der Lenz und die Holzarbeiter

Die erste Lerche singt im Feld.  
Wo ist der Mann, der die Treue nicht hält?  
O, laßt uns treue Genossen sein,  
Her zu uns: In den Verband herein!  
Steigt höher, ihr Lerchen und Lerchen.

Max Dorn.

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Reichspräsident.

Friedrich Ebert ist tot. Er ruht in heimlicher Erde in Heidelberg. Die Reichsregierung hat ihm eine pomphafte Leichenseier veranstaltet. Als Werturteil über das Wirken des Reichspräsidenten hätte das wenig zu sagen, denn in ähnlicher Weise wurden auch früher tote Staatsoberhäupter geehrt, auch wenn die ehrliche Geschichtsschreibung von ihnen nichts Rühmliches zu melden weiß. Nicht das pomphafte Drum und Dran der Leichenseier, sondern die Anteilnahme des ganzen deutschen Volkes an dem schnellen Tode Friedrich Eberts zeigt, welche Liebe und welche hohe Achtung sich dieser aus dem Arbeiterstande hervorgegangene erste Präsident der deutschen Republik erworben hat. Es ist unmöglich, die Zahl der Männer und Frauen zu schätzen, welche die breiten Straßen und die weiträumigen Plätze in Berlin füllten, die der Trauerzug mit dem Sarge des Reichspräsidenten passierte. Hunderttausende warteten stundenlang in drangvoll fürchterlicher Enge, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Die nächtliche Fahrt des toten Reichspräsidenten durch Deutschlands Gauen könnte man fast mit einem Triumphzuge vergleichen; an allen Bahnstationen wurde der Trauerzug von einer ehrfurchtsvoll harrenden Menge begrüßt. Erhebend war der letzte Akt auf dem Bergfriedhof zu Heidelberg. Überall im Reiche wurden imposante Trauerkundgebungen für diesen schlichten Proletarier veranstaltet, der seinen Platz an der Spitze der deutschen Republik vorbildlich ausgefüllt hat.

Ebert hat sein Amt als oberster Beamter des Reiches musterhaft verwaltet. Die Tätigkeit des Präsidenten der Republik spielt sich wenig in der großen Öffentlichkeit ab. Aber das Amt legt seinem Träger eine hohe Verantwortung auf. Friedrich Ebert, der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, hat seine Herkunft und seine Vergangenheit nie verleugnet, aber als Reichspräsident durfte er nicht Repräsentant seiner Partei, sondern er mußte der über den Parteien stehende Vertreter des deutschen Volkes sein. Der Präsident der Republik hat nicht die Stellung eines unbeschränkten Monarchen, der seine Entscheidungen nach Belieben treffen, und der, wenn er ein großwahn sinniger Narr ist, wie der letzte deutsche Herrscher von Gottes Gnaden, das Reich ins Elend stürzen kann. Der Reichspräsident steht an seiner Stelle von Volkes Gnaden, und der im Reichstage seinen Ausdruck findende Volkswille muß die Richtschnur seines Handelns sein. Bei der Reichstagswahl gibt das Volk seinen Willen kund, und manche Maßnahmen des Reichspräsidenten, die eigenartig berührt, ist legen Endes der Ausfluß von Fehlern, die das deutsche Volk bei der Wahl zum Reichstag begangen hat.

Bei all dieser Beschränkung seines freien Willens kann der Reichspräsident, auch wenn das nach außen weniger in Erscheinung tritt, auf die Regierungshandlungen einen starken Einfluß ausüben. Daß Ebert seinen Einfluß im Sinne der Demokratie und des Volkswohles ausgeübt hat, dafür hat das Volk ein feines Verständnis, und deshalb brachte es sich in solchen Massen an seine Bahre, um dem Toten durch diese Ehrenbezeugung den Dank abzustatten.

Seine politischen Gegner hat Ebert durch seine Korrektheit und seine unantastbare Ehrenhaftigkeit entworfen. Und als fanatischer Haß verfuhr, durch unpaubere und unehrliche Mittel seinen reinen Ehrenschild zu beslecken, da sahen sich sogar die prominentesten Führer der Parteien, zu denen Wahlgängern die unpauberen Gesellen gehören, die mit Schmutz warfen, genötigt, Zeugnis für Friedrich Ebert abzulegen.

In der ersten Zeit der Präsidentschaft Eberts übten sich kleine Geister in der Verpötlung seiner Person. Es war der Spott der nichtsnuhigen Drohnen über den aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Volksführer, den man als den ungeschlachten Eitel hinstellen wollte, der auf dem höflichen Parkett stolpert. Ebert hat diesen Spott durch sein Verhalten, durch sein schlichtes, aufrechtes Wesen schnell verstummen gemacht. Gerade die offiziellen Vertretungen des Auslandes haben durch den Ton, den sie in ihre herkömmlichen Beileidstundgebungen legten, zu erkennen gegeben, wie hoch sie gerade diesen Repräsentanten des deutschen Volkes zu schätzen wußten.

Ebert hat, wie man nach seinem Tode erfährt, sich danach gesehen, nach dem Ablauf seiner Amtszeit wieder in den Dienst der Arbeiterbewegung zurückzutreten. Es war ihm nicht vergönnt. Aber die Arbeiterschaft hat die Dienste, die er ihr geleistet, nicht vergessen. Der Beschluß, den die Spitzenverbände der Gewerkschaften faßten, wonach am 5. März, zu der Zeit, da der Leib Eberts zu Heidelberg in die Erde gesenkt wird, in ganz Deutschland die Arbeit eine Viertelstunde zu ruhen habe, als Zeichen der Trauer um den Toten, kam dem Wunsche weitester Kreise entgegen.

Die großen Ehrungen, die der tote Reichspräsident erfährt, erfüllen uns zugleich mit Stolz und mit Trauer. Friedrich Ebert war unser, ein Sohn des Volkes, treu dem Volke und treu der Arbeiterschaft. Er hat die Treue gewahrt bis zum letzten Atemzuge. Friedrich Ebert bleibt uns unvergesslich.

Noch war Eberts Leib nicht der Erde übergeben, da wurde der Termin für die Wahl des neuen Reichspräsidenten auf den 29. März angesetzt. Diese Eile ist geboten, da es notwendig ist, dem Reiche recht schnell ein neues Oberhaupt zu geben. Das in der Verfassung vorgesehene Gesetz, welches die Vertretung des Reichspräsidenten bei vorläufiger längerer Verhinderung regelt, ist noch nicht erlassen. Bei kürzerer Verhinderung wird der Reichspräsident durch den Reichskanzler vertreten. Dieser Fall liegt zurzeit vor. Vertreter des Reichspräsidenten ist der Reichskanzler Luther.

Die Wahl des Reichspräsidenten erfolgt durch das ganze Volk. Wähler sind alle männlichen und weiblichen Deutschen, die das zwanzigste Jahr zurückgelegt haben. Wählbar ist jeder Deutsche, der das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet hat. Erzielt im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, dann findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem die einfache Mehrheit entscheidet. Das ist das Wesentliche aus den geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Diese Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk ist die erste ihrer Art. Ebert wurde durch die Nationalversammlung zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt, und später wählte ihn der Reichstag endgültig, wobei die Dauer seiner Amtsführung bis zum 30. Juni 1925 festgelegt wurde. Wir befanden uns bei Eberts Tode bereits in der Vorbereitung zur Präsidentenwahl, denn der berühmte Magdeburger Prozeß und so manche Aktion, die von den Reaktionsären eingeleitet wurde, um Ebert zu verunglimpfen, waren zu dem Zweck unternommen, um eine eventuelle Wiederwahl Eberts, in dem die Monarchisten und sonstigen Reaktionsäre ihren stärksten Gegner erblickten, zu verhindern. Nun hat Eberts Tod diese Aktion gestört.

Die monarchistischen Rechtsparteien werden alles aufbieten, einen der Ihren auf den Präsidentenstuhl zu erheben. Es wird ihnen nicht leicht fallen, den geeigneten Kandidaten zu finden, da ihre prominentesten Führer von der überwältigenden Mehrheit des Volkes abgelehnt werden. Aber auch auf der Linken herrscht über die einzuschlagende Taktik noch keine Klarheit. Die schwierigen Beratungen sind in dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht beendet. Das eine steht jedoch fest, Eberts Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl der deutschen Republik muß ein ehrlicher Republikaner und ein zuverlässiger Demokrat sein. Die Arbeiterschaft wird nur für einen Mann eintreten, der diese Mindestforderung erfüllt.

### Die Gewerbegerichtsgebühren.

Die Gebühren für die Inanspruchnahme des Gewerbegerichts sind im § 58 des Gewerbegerichtsgesetzes geregelt. Die Sätze wurden in der Inflationszeit wiederholt geändert, durch die Verordnung vom 6. Juni 1924 wurde der ursprüngliche Satz wieder hergestellt. Hiernach wird für die Verhandlung des Rechtsstreites vor den Gewerbegerichten eine einmalige Gebühr nach dem Wert des Streitgegenstandes erhoben. Sie beträgt bei einem Gegenstand im Werte

bis 20 Mk. einschließlich..... 1,— Mk.  
von mehr als 20 Mk. bis 50 Mk. .... 1,50 Mk.  
von mehr als 50 Mk. bis 100 Mk. .... 3,— Mk.  
Die ferneren Wertklassen steigen um je 100 Mk., die Gebühren um je 1 Mk. Die höchste Gebühr beträgt 30 Mk. Wird ein zur Beilegung des Rechtsstreites abgeschlossener Vergleich aufgenommen, so wird eine Gebühr nicht erhoben. Schreibgebühren kommen nicht in Ansatz. Für Zustellungen werden bare Auslagen nicht erhoben. Durch Statut kann vorgeschrieben werden, daß Gebühren und Auslagen in geringerem Betrage oder gar nicht erhoben werden.

Es scheint, daß diese Vorschriften über die Gebühren nicht überall auf den Gewerbegerichtschreibereien bekannt sind. Wiederholt sind in neuerer Zeit Fälle bekannt geworden, daß zu hohe Gebühren angerechnet wurden. So hat z. B. das Gewerbegericht in Stargard i. P. in einem Fall, wo die Gebühren gesetzlich 9 Mk. betragen, den Betrag von 22,10 Mk. angerechnet, und es bedurfte zweimaligen Einspruches, um die Kosten allmählich auf den gesetzlichen Betrag herabzudrücken. Nach solchen Erfahrungen wird man gut tun, die Kostenansätze der Gewerbegerichte stets auf ihre gesetzliche Zulässigkeit zu prüfen.

### Eingiehung der Papiermarknoten.

Eine Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums ruft die Reichsbanknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt, zur Eingiehung auf. Diese Noten verlieren mit Ablauf des 5. Juni 1925 ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel. Bis zum 5. Juli 1925 können diese Noten noch bei allen Kassen der Reichsbank in Zahlung gegeben oder umgetauscht werden. Noten in Abschnitten unter 10 Milliarden Mark sollen in Gebinden und in einem durch 10 teilbaren Betrage eingereicht werden. Die Gebinde sollen nach dem im Geldverkehr üblichen Gebräuchen formiert und gepackt sein.



# Lehrlinge und jugendliche Arbeiter in der Holzindustrie.

## Auch ihr Jugendliche gehört zu uns!

In diesen Wochen wird die Werbetrömmel besonders eifrig gerührt. Die letzten Jahre, die Zerrissenheit, Laubert und Brudertampf brachten, haben doch endlich die Erkenntnis reifen lassen, daß nur eine einige starke und geschlossene Arbeitererschaft den Weg zum Lichte finden kann. Oft genug haben wir erleben müssen, wie der Brudertampf mit größerer Erbitterung geführt wurde als der Kampf um die wirtschaftliche und kulturelle Besserstellung der Arbeiterschaft. Die Unternehmer hatten den Vorteil. Ihr Jungen, die ihr sooft Zeugen häßlicher Szenen wartet, wenn ältere Mitarbeiter sich gegenseitig beschimpften, vergeßt diese, denn sie gaben euch kein gutes Beispiel.

Der Gedanke der Solidarität, der Gemeinsamkeit, auf dem sich unsere ganze Gewerkschaftsbewegung aufbaut, er ist mitunter ein Zerrbild geworden, und es bedarf unser aller Bemühens, diese Grundlage unserer Bewegung wieder unerschütterlich herzustellen. Dabei mitzuhelfen, werdet ihr jungen Holzarbeiter und -arbeiterinnen mit ausgerufen. Hütet euch vor den falschen Freunden, die Haß und Zwietracht säen und unsere heilige Sache entehren. Schließt euch denen an, die ihren Mitarbeitern mit Achtung und Liebe begegnen.

Ihr Lehrlinge, auch an euch richten sich diese Worte. Von einem aktiven Eingreifen in den wirtschaftlichen Kampf kann zwar bei euch noch nicht die Rede sein. Ihr sollt die Lehrjahre benützen, um, soweit es an euch liegt, eure Kraft auf eine gute Berufsausbildung zu verwenden. Der Vorstand leistet euch auf diesem Gebiete wertvolle Hilfe. Aber ihr sollt euch auch vertraut machen mit den Verhältnissen in unserer Gesellschaft, damit ihr euch ein eigenes Urteil bilden könnt. Die vielen Menschen, die gedankenlos nachplappern, was sie irgendwo gehört haben, bilden für eine vernünftige Arbeit das größte Hindernis. Ihr werdet, wenn ihr die Menschen kritisch betrachten könnt, bald bei jedem einzelnen feststellen, ob seine Anschauung ein Fundament hat oder nicht. Schrecklich und unerträglich sind die Schwächer, die nichts hinter sich haben und doch alles besser wissen wollen als andere. Diesen wollt ihr sicher nicht nachsehen. Ihr wollt ganze Männer und Frauen werden, die sich der Verantwortung bewußt sind, die jeder arbeitende Mensch zu tragen hat.

Unser Verband ist der Träger der Gedanken von Hunderttausenden von Holzarbeitern — von Gedanken, die sich zusammenfassen zu einem einheitlichen Willen. Das ist das Große, das ihr voll erfassen müßt, sonst werdet ihr niemals ganze Kämpfer, das heißt ganze Menschen werden. So fordern wir auch euch auf, in unsere Reihen einzutreten und Mitglieder unseres Verbandes zu werden. Oh, wird so mancher sagen, ich bin bereits in mehreren Vereinen und soll nun auch noch Mitglied des Verbandes werden. Der Fußballklub, der Theaterverein, der Radfahrerverein, der Turn- und Sportverein, der Wanderklub, sie nehmen bereits meine ganze freie Zeit in Anspruch. Es ist mir wirklich unmöglich, nun noch einen Teil meiner Freizeit dem Berufsleben zu widmen.

Diesen jungen Freunden wollen wir einmal offen sagen, daß wir volles Verständnis für die Körperpflege durch Turn- und Sportübungen haben, aber es gibt doch Dinge im Leben, die zunächst wichtiger sind als die Tätigkeit in den obengenannten Vereinen. Ja, die Tätigkeit dieser Vereine wäre gar nicht möglich, wenn nicht die Gewerkschaft, der Verband, da wäre. Der Verband hat durch Erringung auskömmlicher Löhne und einer kurzen Arbeitszeit erst die Vorbedingungen geschaffen, daß Zeit bleibt für Spiel und Sport. Vieles ist unserem jungen Nachwuchs einfach in den Schoß gefallen, so daß es als Selbstverständlichkeit aufgefaßt wird, daß der Lohn tarifvertraglich geregelt ist und die Länge der Arbeitszeit nicht mehr in das Belieben des Unternehmers gestellt ist. So selbstverständlich ist das alles aber nicht. Wenn hinter den Forderungen und Errungenschaften nicht wie ein Mann die ganze Arbeiterschaft steht, wird bald nichts mehr davon zu sehen sein. Wir erleben es ja erst vor wenigen Monaten, als viele Gewerkschaftsmitglieder fahnenflüchtig geworden waren, wie das Unternehmertum sofort diese schwache Stelle ausnützte und gegen den Achtstundentag zu Felde zog. Für die jüngeren von uns muß die Lehre, die wir aus diesen Vorkommnissen ziehen, heilsam sein für alle Zeiten. Darum heißt es für jeden jungen Holzarbeiter, für jede junge Holzarbeiterin wie auch für jeden Lehrling, einzutreten in die Reihen der Berufstoleranten, um mitzuhelfen am großen Werk.

Der Verband gibt für euch ein feines Blatt heraus, das den Namen "Arbeiter-Jugendblatt" trägt. Es wird auf Runddruckpapier hergestellt und ist gut ausgemacht, so daß jeder seine Freunde davon haben wird. Freunde, junge und alte, bringen in den Spalten des Jugendblattes viel Interessantes zum Vortrag. Süßliche Photographien begleiten den Text. Laßt euch von den Vertrauensleuten unseres

Verbandes die jeden Monat einmal erscheinende Zeitung besorgen. Sie wird allen Jugendlichen kostenlos geliefert. Kommt auch in die von unseren jungen Freunden geschaffenen Jugendabteilungen unseres Verbandes. In diesen herrscht frisches Jugendleben, an das ihr alle teilnehmen sollt. Besucht die nächste Versammlung unseres Verbandes und erklärt dort euern Beitritt.

Jung sein, heißt die Zukunft zwingen,  
Ihr bestimmte Formen geben!  
Mit sich selbst muß Jugend ringen,  
Will sie bau'n ein starkes Leben!

Richard Limm.

## Die Alten und die Jungen.

Da Jugend und Alter stets zwei getrennte Zeitabschnitte des menschlichen Lebens sind, wird es auch stets gewisse Gegensätze zwischen Jugendlichen und Erwachsenen geben. Aber wenn irgendwo, so ist es in der Arbeiterbewegung nötig, Brücken zu schlagen zwischen beiden. Die Arbeiterbewegung kann und darf sich nicht den Lugus des Bürgerturns erlauben, wo teilweise Väter und Söhne einander in unüberbrückbarer innerer Feindschaft gegenüberstehen: Die Väter wollen spießbürgerliche Streber und äußerliche Er-

folgsmenschen aus ihren Söhnen machen, während diese sich gegen die mechanisierte Weltanschauung und engstirnige Erfolgsgier ihrer Väter aufbäumen.

Bei der Arbeiterschaft liegt das Problem anders. Für sie gilt es, in heißem Kampfe eine neue Welt, die Welt des Sozialismus, des Völker- und Menschheitsfriedens zu erobern. Diesem erhabenen Ziel, das ja nicht nur das Ziel einer engebrenzten Schicht der Menschheit ist, muß sich alles unterordnen. Auch die Erziehung des proletarischen Nachwuchses. Die Erziehung des Jungproletariats kann unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen gar nichts anderes als eine Klassen-erziehung sein. Der Proletarier, der seine Kinder auf die höhere Schule schickt, sie später studieren läßt und sie damit auch zugleich aus dem proletarischen Denken und Gesichtskreis heraushebt, wird immer nur eine verschwindende Ausnahme sein, solange in unserer Gesellschaft Bildung und Wissen noch in erster Linie eine Frage des elterlichen Vermögens ist.

Geht wir also davon aus, daß die Erziehung des Jungproletariats notwendigerweise eine proletarische Klassen-erziehung sein muß. Das trifft dann auch für die Erziehung in der proletarischen Jugendbewegung zu. Was heißt aber Erziehung? Erziehung heißt, das Wissens- und Kulturgut seiner Zeit dem Nachwuchs zur Erkenntnis zu bringen und den Nachwuchs befähigt zu machen, die vor ihm liegenden Zukunftsaufgaben zu erkennen und zu lösen. Zur Zeit unserer alten Vorfahren etwa, der Germanen, war das verhältnismäßig einfach. Gemessen an unserem heutigen Wissen und Können war das der Germanen äußerst bescheiden. Nach Erreichung eines gewissen Alters konnte darum jeder Germanenjüngling für die damalige Zeit als ausgebildet gelten. Er wurde in die Gemeinschaft der Männer aufgenommen. Auch noch im Mittelalter war der junge Mensch nach einer gewissen Anzahl von Jahren in seiner Wissensbildung abgeschlossen.

Ganz anders heute, wo mit der Schulentlassung keineswegs die Ausbildung beendet ist, sondern recht eigentlich erst beginnt, und wo wir in wenigen Jahren viel mehr Neuerungen, Erfindungen und Entdeckungen erleben als früher in langen Jahrhunderten. Unsere Vorfahren kannten nicht die Dampfmaschine, den Benzinmotor, die Schnellzuglokomotive, das Ozeanluftschiff, die elektrische Kraft, das Telephon, den Radiorundfunk, die Zeitungsdruckmaschine und viele tausend andere Dinge mehr. Und welche unermeßlich großen Gebiete hat der Geist des Menschen in den letzten Jahrzehnten neu erobert! Wenn es vor Jahrhunderten Menschen von universeller (allumfassender) Bildung gab, die das Wissen ihrer ganzen Zeitepoche gleichsam in sich trugen, so ist das heute so gut wie ausgeschlossen. Die unüberschaubare Vielfaltigkeit der Erscheinungen zwingt die Menschen zur Spezialisierung. Nur in der Beschränkung

zeit und zu selbständigem Handeln erzogen zu werden. Es ist noch heute richtig, was Otto Rühle vor einigen Jahren den Erwachsenen mahnend zurief: „Laßt uns die Jugend zur Selbständigkeit erziehen, damit sie ihre Kräfte und Gaben übe und erprobe, bewußt und frei gebrauchen lerne, damit sie ihren Willen stärke und ihn in die befreiende Tat umzusetzen vermöge, wenn es die Not der Stunde gebietet. Fort mit dem Druce des Autoritätsfanatismus, fort mit den Fesseln pedantischer Gehorsamsforderungen! Selbständigkeit im Denken, Wollen und Vollbringen! Selbständig sein ist Sozialismus!“

Nie darf im proletarischen Nachwuchs der irrige Gedanke Fuß fassen, daß Jugend und Alter in der Arbeiterbewegung zwei getrennte Welten, unüberbrückbare Gegensätze seien. Immer muß uns die Idee leiten, daß Jugendliche und Erwachsene trotz aller natürlichen Unterschiede in der Arbeiterbewegung doch ein und dasselbe Ziel erstreben, durch das sie immer wieder zu kameradschaftlichem, brüderlichem Handeln zusammengeführt werden: den Kampf um die sozialistische Gesellschaftsordnung! Hans Sadmad

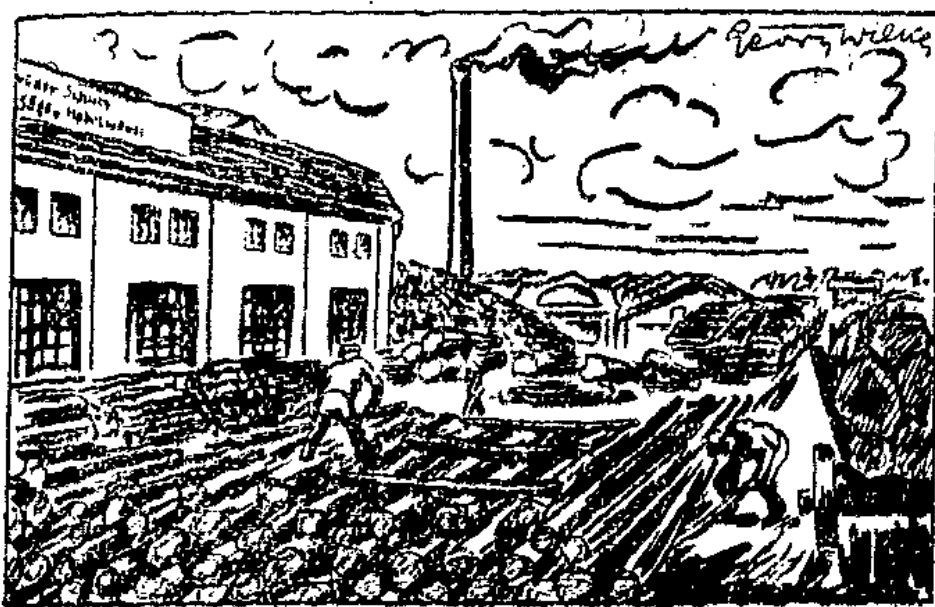
## Lehrlingszuchterei.

Für die Ausbildung des Nachwuchses kommt heute noch hauptsächlich die Meisterlehre in Betracht. In der Tischlerei sind es meist Kleinmeister, die sich der Lehrlingshaltung widmen. Nur langsam beginnen auch einige Großbetriebe, Lehrlingswerkstätten einzurichten, in denen eine gute Ausbildung gewährleistet ist. Bei vielen Kleinmeistern ist die Lehrlingshaltung nur von dem Wunsch diktiert, billige Arbeitskräfte zu haben. In Werkstätten, in denen neben wenigen Gesellen eine große Zahl von Lehrlingen gehalten wird, kann von einer gründlichen Berufsausbildung nicht die Rede sein.

Die Bestrebungen, der Lehrlingszuchterei zu steuern, haben schon einigen Erfolg erzielt. Bisher es aber auf diesem Gebiet noch zu tun gibt, zeigt der kürzlich von der Königsberger Tischlerinnung gefaßte Beschluß, bei der Handwerkskammer zu beantragen, Höchstzahlen für die Lehrlinge in einem Betrieb festzusetzen. Hierfür schlägt die Tischlerinnung vor, daß ein Meister, der alleine arbeitet, berechtigt sein soll, bis sechs Lehrlinge zu halten, dann für jeden Gesellen einen Lehrling mehr bis zu zehn Lehrlingen. Die Königsberger Tischlerinnung begründet ihren Antrag mit dem Überangebot an Lehrlingen und dem Mangel an geschulten Arbeitskräften. Wenn der Andrang zur Erlernung des Tischlerhandwerks zu groß ist, dann muß er abgeregelt, und die jungen Leute müssen anderen Berufen zugeführt werden. Durch eine Lehrlingshaltung in dem Umfang, wie er in dem Antrag angedeutet ist, kann der Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften nicht gehoben werden. Dadurch werden dem Beruf nur mangelhaft ausgebildete Arbeiter zugeführt. Das liegt weder im Interesse des Gewerbes noch in dem der jungen Leute, an denen sich die Lehrlingszüchter verfeindigen.







Bayrischer Wald.

Wie wohl in allen Gauen und Bezirken, mußte auch unser Bezirk im vergangenen Jahre Haare lassen. In der Hauptsache kommt die Sägeindustrie in Frage. Infolge der schlechten Geschäftslage wanderten viele Kollegen zu anderen Berufen ab, doch gab es auch andere Abteilnige. Viele wieder zu holen, war das Hauptbestreben der Bezirksleitung. Zum großen Teil ist dies auch bereits im vierten Vierteljahr 1924 gelungen. Weit über 200 Neuaufnahmen konnten wir verzeichnen. Die Methode, die zur Wiedergewinnung angewendet wurde, ist einfach; sie ist wohl mit Arbeit verbunden, aber diese lohnt sich. Es werden alle Verwaltungsstellen eines Bezirks aufgefördert, sämtliche Adressen der Interessenten an die Bezirksleitung einzusenden. Die Bezirksleitung schreibt dann an jeden einzelnen. Sie benutzt dabei den Brief des Vorstandes, der allgemein gehalten ist; neben diesem verfaßt die Bezirksleitung noch einen anderen Brief, der mehr das Individuelle des einzelnen sowie des Bezirks berührt. Weiter wird auch das vom Vorstand gesandte Werbematerial mitgegeben. Dann werden die Kollegen zu einem bestimmten Tag zu einer Versammlung geladen, in welcher natürlich der Bezirksleiter anwesend sein muß. In allen Fällen sind die Geladenen auch gekommen, und sie wurden aufgenommen.

Daß in Orten, wo die Kollegen dem Verband fernblieben, die Unternehmer die Hande anjagen, ist weiter nicht verwunderlich. Ein schlagender Beweis hierfür ist die Verwaltungsstelle Sam im Bayrischen Wald. Dort sind vier Holzspielwarenbetriebe. Während in dem einen Betriebe (Rithil) die Kollegen und Kolleginnen restlos dem Verband treu blieben, traten sie in den übrigen Betrieben aus. Die Folge war, daß dort heute ein Stundenlohn in der Höhe von 30 Pf. gezahlt wird, für Frauen 19 Pf., im Betrieb von Rithil aber 47 Pf. Also ein Unterschied von 720 Mt. pro Woche. Nun ging es so nicht mehr, der Verdienst wurde gar zu schmal, so daß sich alle wieder, es sind 88 Kollegen und Kolleginnen, in den Deutschen Holzarbeiter-Verband aufnehmen ließen. Ähnlich liegen die Dinge in Zwickau. Auch dort keine Spur mehr vom Tariflohn, erst recht nicht von der achtstündigen Arbeitszeit; kein Urlaub usw. Die Fernstehenden sind nun auch dort alle wiedergekommen. In Spiegelau, Freyung und noch manch anderen Orten sind auch die Weggebliebenen wieder bei uns mit wenigen Ausnahmen. Leider haben in einer der größten Verwaltungsstellen, in Straubing, die Kollegen den Rat des Führers nicht befolgt; sie traten, ohne irgendwie die Gau- oder Bezirksleitung zu verständigen, im Vorjahre in den Streit. Die Folge war, daß der Kampf verloren ging und 90 Kollegen nicht wieder eingestellt wurden, die zum Teil heute noch arbeitslos sind.

Im großen und ganzen kann vom Bezirk gesagt werden, daß es wieder an allen Ecken vorwärts geht. Unsere Lösung muß sein: Kollegen und Führer, arbeitet zusammen, habt gegenseitiges Vertrauen, dann geht es mit ganzer Kraft vorwärts.  
Florian Schreibleit.

Oberes und mittleres Wesergebiet.

Durch heimischen Waldreichtum und damit vorteilhaften Rohstoffbezug begünstigt, ist im oberen und mittleren Wesergebiet die Holzindustrie wohl die bedeutungsvollste Industrie. In oberem Wesergebiet — Holzminden, Hörter, Lauenförde, Beverungen, Carlshafen, Uslar usw. — sind bei normalem Geschäftsgange nahezu 3000, im mittleren Wesergebiet — Dammeln, Münder, Springe, Sen-Döbendorf, Bismberg, Bodenwerder, Riechbrat, Salzhammendorf usw. — gut 4000 Holzarbeiter in Möbel-, Stuhl- und Holzwarenfabriken, mechanischen Drechselebetrieben, Eberholz- und Sägewerken beschäftigt. In dem letztgenannten Gebiet ist die Stuhlindustrie, in jenem erstgenannten die Holzwarenfabrikation überwiegend.

Sehr viel lästige Saisonarbeit ist hier bereits jahrelang vor Kriegsausbruch geleistet worden, aber mit geringem Erfolg. Dementsprechend waren die Arbeitsverhältnisse. Bei sommerlichen Löhnen wurde in den Stuhl- und Holzwarenfabriken, den Sägewerken und sonstigen Betrieben 45 Stunden und mehr die Woche gearbeitet.

Als sich schon die Holzarbeiter dieser bis dahin rückständigen Gebiete auf dem Weg zum Verband, auch die Unternehmer gestatteten ihre Organisation aus. In oberem Wesergebiet begaben sie sich unter die Fittiche des Arbeitsvertrags für den Bezirk in Holzminden, ihre Verhandlungen schloßen sich dem Arbeitgeberverband für das mittlere Wesergebiet in Farnsee an. Ortsverträge, Hauptverträge, Reichsmantelvertrag und der damit verbundenen Landesvertrag bekamen Geltung. Aber viele Kämpfe waren nötig, bis die Holzarbeiter dieser Gebiete ihren Kollegen im Felde tarifmäßig gleichgestellt werden konnten.

Der Abschluß des Reichsmantelvertrages war unter Gefahr der Ausgrenzung der Unternehmerzeitung, die die Kämpfe vertrat, doch von einer neuen reichsvertraglichen Verbindung unter allen Umständen Abhand genommen werden mußte.

Der Arbeitgeberverband für das mittlere Wesergebiet, die federführende Organisation der Verbände in Nieder- und Oberwesergebiet, hat vor dem vorigen Jahres Verhandlungen für den Abschluß eines selbstständigen Landesvertrages an. Hierzu hatte er eine „Vertragsvorlage“ ausgearbeitet,

die ganz den Geist atmete, der in der Vorkriegszeit die rückständigen Unternehmer auszeichnete.

Bei Beginn des Verhandlungsgeschäftes erklärte namens aller beteiligten Unternehmerverbände der Vertreter des Arbeitgeberverbandes für das mittlere Wesergebiet, der federführende Organisation, daß der zu schaffende Landesvertrag für sämtliche von vornherein beteiligten Arbeitgeberverbände gelten, ein späteres Zutreten ausgeschlossen sein solle. Wochen-, monatelang wurde verhandelt. Bis zur letzten Stunde leitete der Arbeitgeberverband für das mittlere Wesergebiet die Verhandlungen. Als dann endlich nach mühevollen Kämpfen und Ringen der neue Landesvertrag fertig war, da schlug sich die „federführende Organisation“ mit dem verwandten Nachbarn in Holzminden seitwärts in die Büsche. Eine für die Sinnesart dieser Unternehmer bezeichnende Art. Die danach für die Mehrzahl der Holzarbeiter im mittleren Wesergebiet betrieblich erfolgte Anerkennung des Landesvertrages ist durch den Arbeitgeberverband zum 15. Februar dieses Jahres geltend gemacht worden. Von diesem Termin an herrscht also ein vertragloser Zustand in beiden Gebieten.

Die Unternehmer wollen wieder allein bestimmen, wie sie es in der Vorkriegszeit gewohnt waren. Sie spekulieren wieder auf den Anechtssinn der Arbeiter.

Kollegen im oberen und mittleren Wesergebiet, zeigt den Unternehmern, daß diese Spekulation falsch ist. Ob ihr in Möbel-, Stuhl- oder Holzwarenfabriken, in Sägewerken oder anderen holzgewerblichen Betrieben als Fach-, Maschinen- oder Hilfsarbeiter, als Polsterer, Betzer oder sonst tätig, ob ihr jung, gelehrt oder vorgeklärten Alters seid, besinnt und sammelt euch! Schließt die Reihen!  
Hoh. Ahlers.

Mit Hobel und mit Säge

Und sehn die „Herren“ fest zusammen,  
Um uns als armes Volk zu rammen:  
So woll'n auch wir zusammenstehn  
Dort, wo freie Fahnen weh'n.

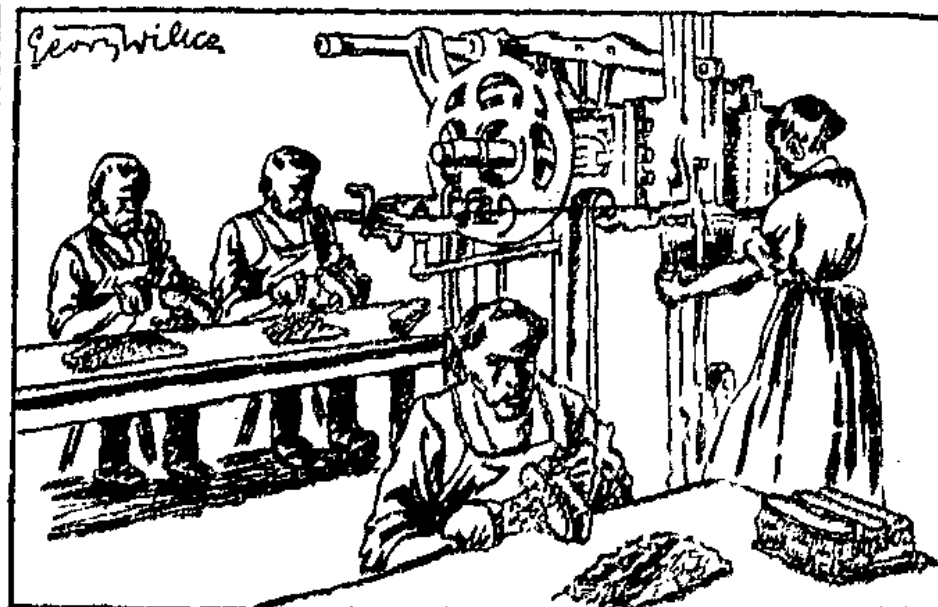
Ist auch Nacht um unsere Welt,  
Herrscht als Gott das schände Geld:  
Aber Nacht und Eigennutz  
Strömt der gold'ne Sternenschuß.  
Brüder, laßt uns Kämpfer sein,  
Kommt in den Verband herein:  
Einigkeit verfaßt die Flot,  
Einigkeit gibt Butterbrot.

Brüder, glaubt an eure Kraft;  
Euer Arm, der alles schafft,  
Soll mit Hobeln und mit Sägen  
Uns ein neues Deutschland geben.  
Aus Wert!  
Max Dorn.

Hamburg.

Unerfreuliche Erscheinungen im gewerkschaftlichen Leben beeinflussen auch die Willensbestimmung der Masse der arbeitenden Schichten nachteilig. Der Gang zur Verallgemeinerung gerade gewerkschaftlicher Niederlagen trübt das Urteil, schädigt die Aufstiegsmöglichkeit und stärkt die Unternehmer in ihren Absichten. Demgegenüber ist es notwendig, auf zum Teil prächtige Erfolge des Verbandes hinzuweisen. Viele Orte werden solche Merkmale der sieghaften Kraft unserer Idee zu verzeichnen haben. Wenn unser Verband im Aufbauschritt 1924 in starkem Maße mit der Hauptgruppe der Fischer engagiert war, so sind dabei unsere kleineren Gruppen doch nicht ins Hintertreffen geraten. Nicht immer brauchte es sich um Kämpfe zu handeln, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zogen. Still, aber zähe hat manche Gruppe ihre Ziele gegen die Absichten ihrer Unternehmer verteidigt. Unseren Sägereiarbeitern wurde gleich zu Jahresanfang vom Syndikus der Unternehmer in fast programmatischer Form gesagt, daß die zweite Revolution begonnen hätte, in der die Unternehmer bestimmten. Rarzer Lohn und 60 Stunden ohne Ferien nach dem Diktat der Unternehmer seien nicht zu umgehen. Es kam anders. Nach kurzem Kampfe waren 48 Stunden mit 4 Stunden Mehrarbeit bei 20 Prozent Zuschlag, Ferien und eine erhebliche Lohnhöhung in dem neuen Tarifvertrag festgelegt. Ähnlich bei den Leistenvergoldern. Kein Vertrag, keine Ferien, lange Arbeitszeit, geringe Löhne war hier die Forderung der Unternehmer. Zwar kam kein Tarifvertrag zustande, aber Ferien wie früher, geregelte Arbeitszeit mußten zugestanden werden. Außerdem ist im Laufe des Jahres die Verdoppelung der Löhne durchgeführt, errungen von den Kollegen in prächtiger Disziplin. — Sehr bedeutend war der Erfolg unserer Rüstungsmacher. Zwar gestattete die anfangs lockere Organisation der Kollegen den Unternehmern, das ganze Jahr Tarifvertrag und Lohnbindung unter Mitwirkung des Verbandes abzuweisen. Durch einen am Jahresende glänzend geführten Streit der Rüstungsbetriebe gelang es, für die gesamte Rüstungsindustrie einen sehr annehmbaren Tarifvertrag mit erheblicher Lohnhöhung durchzusetzen. — Ähnliche Erfolge anderer Branchen wären noch anzuführen. Aber auch unsere Kollegen in den Eisenbetrieben können vermittelst streifen Organisationsverhältnisses starke Erfolge erzielen. Die Mühlenbauer vermochten ihren im Verband der Eisenindustrie organisierten Unternehmern eine Lohnhöhung in mehrmaligen Stufen von 17 auf 88 Pf. abzutrotzen.

Zufuturs geht der Weg! Der Kampfeswille sehtigt sich. Die innere Erklarung des Verbandes macht sichtbare Fortschritte. Schaffen wir alle in dieser Richtung weiter!  
H. Bonnow.



Aus der Metropole der Bürstenindustrie.

Das Erzgebirge ist die Wiege der deutschen Bürstenindustrie. Schon vor mehr als 300 Jahren wurden hier Bürsten hergestellt, zunächst hausindustriell, später entstanden zahlreiche Betriebe, darunter einige moderne Großbetriebe. Auch im letzten Jahrzehnt hat die Aufwärtsentwicklung der erzgebirgischen Bürstenindustrie weitere Fortschritte gemacht. 1913 waren 80 Betriebe mit etwa 1800 Beschäftigten vorhanden, gegenwärtig sind es 160 Betriebe mit etwa 8000 Beschäftigten. Dazu kommen für 1913 noch etwa 1200 und für heute noch etwa 2000 Heimarbeiter, meistens Frauen. Das Industriegebiet umfaßt 14 Orte, die sich um Schönheide herumgruppieren. Schönheide ist ein Dorf mit etwa 7000 Einwohnern, die anderen Orte sind kleiner, einige haben kaum ein paar hundert Einwohner.

Aus kleinen Anfängen heraus hat sich Schönheide und Umgegend zum Hauptsitz der deutschen Bürstenindustrie entwickelt. Verschiedene Orte und Bezirke haben ihm den Rang streitig machen wollen, bisher aber ohne Erfolg. Die Unternehmer sind sich ihrer Bedeutung auch bewußt; sie fühlen sich als die Kerntruppe, die in der Bürstenindustrie ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Und das mit Recht. Wir wünschten nur, daß auch die Arbeiterschaft den gleichen Stolz hätte. Das ist leider nicht der Fall. Gegenwärtig ist sie sich ihrer Bedeutung zwar etwas besser bewußt als vor dem Weltkrieg, aber sie könnte und müßte in der deutschen Bürstenindustrie eine ganz andere Stellung einnehmen, als das heute der Fall ist. Sie müßte Arbeitsverhältnisse haben, die musterhaft für die Bürstenarbeiter im ganzen Reich sind. Das hat freilich zur Voraussetzung, daß sich die Kollegen und Kolleginnen fest um das Banner des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes scharen. Unsere Verwaltungsstelle Schönheide hat eine wechselvolle Geschichte. 1904 gegründet, zählte sie am Jahreschluss 14 Mitglieder. Ein Jahr später waren es 747 und das andere Jahr, 1906, waren es 1299 Mitglieder. So schnell der Aufstieg, so schnell aber auch der Abstieg. Von Mitte August 1906 bis Mitte Januar 1907 tobte in der erzgebirgischen Bürstenindustrie ein mächtiger Kampf. Der Arbeiterschaft ging es um die Bekämpfung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, den Unternehmern um die Vernichtung unseres Verbandes. Schließlich mußte das Unternehmertum die Waffen strecken, der Kampf endete mit einem Erfolg für die Arbeiterschaft. Die Wochenarbeitszeit wurde um vier Stunden gekürzt und die Löhne bis zu 15 Prozent erhöht.

Unter Berücksichtigung aller damaligen Umstände war das ein Erfolg, auf den die Kollegen und Kolleginnen stolz sein konnten. Das waren sie auch, aber sie haben es nicht verstanden, ihn auszunutzen. Viele von ihnen glaubten, daß der Verband nun nicht mehr notwendig sei. Bis zum Jahreschluss 1909 war die Mitgliederzahl auf 261 gesunken. Die Unternehmer freuten sich darüber sehr, denn jetzt waren sie wieder oben auf. Die Arbeitsverhältnisse wurden verschlechtert, soweit das nur möglich war. Die Arbeiter brachten nicht den Mut auf, sich dagegen aufzulehnen. Wie alles seine Grenze hat, so auch die Gleichgültigkeit der Bürstenarbeiter im Erzgebirge. Unser Verband ließ in seiner Werbearbeit nicht locker, und im Sommer 1914 zählte die Verwaltungsstelle wieder 600 Mitglieder. Die Unwägung im November 1918 brachte einen gewaltigen Aufschwung. Ihren höchsten Mitgliederbestand erreichte sie mit 3450 im Herbst 1923. Seitdem sind leider wieder ziemlich starke Verluste zu verzeichnen. Es scheint fast, daß die Bürstenarbeiter und Bürstenarbeiterinnen des Erzgebirges die schlimmen Erfahrungen von 1907 wieder vergessen haben.

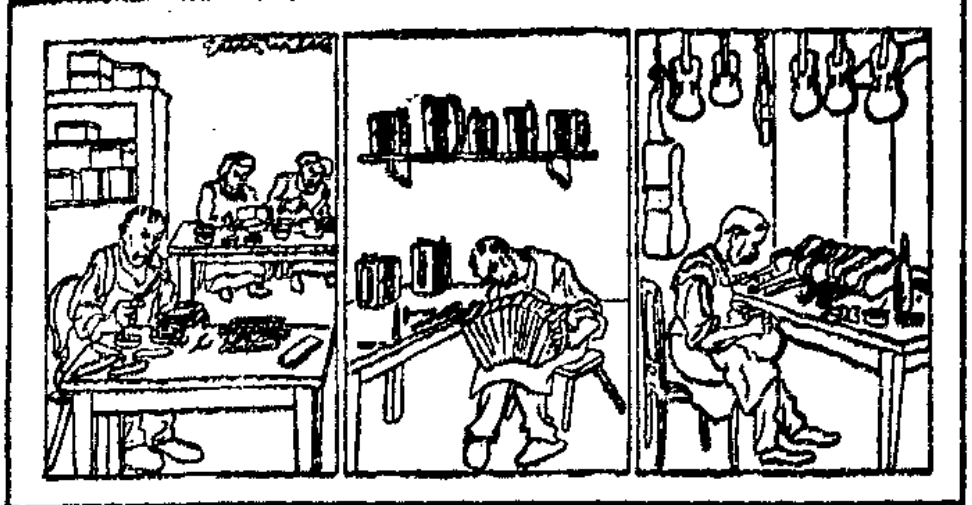
Früher waren die Kollegen der Meinung, daß ihnen der Verband nichts nützen könne. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie falsch diese Auffassung ist. Gewiß sind viele berechtigete Wünsche unerfüllt geblieben; ein Vergleich der Arbeitsverhältnisse von früher und jetzt zeigt aber, daß große Fortschritte gemacht worden sind. Früher bestimmte der Unternehmer selbstherrlich Lohn und Arbeitszeit. Aber von den Arbeitern sich dagegen auflehnte, slog auf die Straße. Jetzt sind die Arbeitsverhältnisse durch einen Reichstagsvertrag geregelt. Unser Verband hat einen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Wenn das nicht wäre, dann würden die Lohnverhältnisse noch genau so traurig sein wie in der Vorkriegszeit. Daß die Bürstenarbeiter und Bürstenarbeiterinnen sich heute im Betrieb und Ort freier bewegen können, verdanken sie allein der Arbeit unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Darum ist es Pflicht aller Berufsangehörigen, dem Verbande die Treue zu halten und darüber hinaus unabhängig für die Werbung neuer Mitglieder tätig zu sein.

Wir wollen nicht nur das Erreungene erhalten, wir kämpfen um eine weitere Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Brennend ist die Frage der Arbeitsregelung. Sie wird für uns nur dann günstig erledigt werden, wenn sich alle Berufsangehörigen hinter unseren Verband stellen. Es darf keinen unorganisierten Kollegen und keine unorganisierte Kollegin mehr geben. Unsere Reihen müssen wieder so geschlossen sein wie im Herbst 1923. Auch die Heimarbeiterinnen müssen in den Verband. Die Heimarbeiterlöhne sind im Tarifvertrag geregelt, solange unsere Frauen organisiert waren, haben die Unternehmer auch nach dem Tarif gezahlt. Heute weigern sich manche, den vereinbarten Lohn zu zahlen, den unorganisierten Heimarbeiterinnen glaubt man das bieten zu können. Die Heim-



arbeiterinnen sind der Meinung, mit dem „Sparen“ des Verbandsbeitrages ein besonders gutes Geschäft zu machen. In Wirklichkeit macht der Unternehmer das Geschäft, und die Frauen sind die Dummen. Glücklicherweise sehen die meisten das auch ein und bleiben Verbandsmitglieder. Unsere Aufgabe muß sein, nun auch die letzte uns noch fernstehende Heimarbeiterin für den Verband zu gewinnen.

Unsere Mitgliederverluste im Vorjahr sind zurückzuführen auf die mangelhaften wirtschaftlichen Verhältnisse. Jetzt geht es wieder vorwärts in der Wirtschaft und im Verband. Von der besseren Wirtschaftslage werden wir aber nur dann Vorteil haben, wenn wir die Macht haben, unsere Forderungen bei den Unternehmern durchzusetzen. Ohne den Deutschen Holzarbeiter-Verband sind wir aber machtlos, kommen wir niemals vorwärts. Nur allein durch den festen Zusammenschluß können wir die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstiger gestalten, uns und unseren Kindern eine bessere Zukunft schaffen. Darum, ihr Kolleginnen und Kollegen in Fabrik und Haus, hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband!



**Hogtländische Musikinstrumentenindustrie.**

Spät ist die Frucht intensiver gewerkschaftlicher Agitationsarbeit unter den Harmonikaarbeitern des Klingenthaler Bezirks zur Reife gekommen. Besoldete und unbesoldete Funktionäre, vor allem aber eine Anzahl Blauerer Kollegen gaben sich seit 1904 die größte Mühe, die in harter Arbeit von Dornlieben auszurüsten. Erstherr wurde die Arbeit durch die starkverbreitete Heimindustrie, in der heute noch 82 Prozent aller Harmonikaarbeiter beschäftigt sind. Die geringen Verdienste zwingen dazu, daß Kinder selbst im zartesten Alter mit zur Arbeit herangezogen werden. Vollständig rechtlos standen vor dem Kriege Heim- und Betriebsarbeiter den Ausbeutungsgelüsten der Unternehmer gegenüber, ganz nach Willkür wurden sie entlohnt, ist doch die Harmonikaindustrie die einzige nennenswerte Industrie des ganzen Bezirks, und meisterhaft haben es die Unternehmer verstanden, sich das alleinige Ausbeutungsrecht zu sichern.

Erst der Krieg und seine Folgen öffneten der schwerbedrückten Arbeiterklasse die Augen, und nun fanden sie in Massen den Weg zur Organisation. Betriebs- und Heimarbeiter erkannten, daß der einzige Schutz gegen willkürliche Ausbeutung, der Ausbau ihres Verbandes ist.

War bisher weder ein Lohnabkommen noch ein Tarifvertrag vorhanden, so gelang es nunmehr unter der Wucht des Zustroms sehr schnell, einen solchen zu schaffen. Alfordertarife mit Hunderten von Positionen wurden ausgearbeitet, verhandelt und abgeschlossen. Gewiß ein Zeichen von der Macht der Organisation.

Abgesehen von einzelnen kritischen Momenten, waren wir während der ganzen Inflationszeit dank der Geschlossenheit der Kollegen in der Lage, die Löhne ohne nennenswerte Widerstände zu regeln. Mit der Stabilisierung der Geldverhältnisse setzte auch verstärkter Kampf ein. Die Unternehmer haben während der Inflation, obwohl sie sich einen Volkswirtschaftler zum Geschäftsführer bestellt hatten, in kurzfristiger Art und Weise die Außenhandelskontrolle scharf bekämpft und erreicht, daß die Preisprüfung aufgehoben wurde. Die Waren wurden ins Ausland zu Schleuderpreisen verkauft und so die gesamte deutsche Volkswirtschaft geschädigt. Die ungeheuren Schäden dieser Wirtschaftspolitik traten bei der Umstellung der Währung erst recht zutage, und daran krankt die Harmonikaindustrie heute noch.

Nur unter Überwindung großer Schwierigkeiten waren wir in der Lage, den gebotenen Spitzenlohn von 29 auf 35 Pf. zu erhöhen. Auch damit war natürlich kein Dauerzustand geschaffen, neue Lohnforderungen mußten gestellt werden, die abgelehnt, zu einem fünfwöchigen Streik führten, der mit Erfolg beendet werden konnte. Beteiligt waren 2700 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Spitzenlohn wurde auf 42 Pf. festgesetzt.

Leider war in der ganzen Inflationszeit wenig Zeit zu gewerkschaftlicher Bildungsarbeit übriggeblieben, und nun glaubte ein Teil Kollegen in ihrer Kurzsichtigkeit, die soziale Frage sei für sie gelöst; sie wurden fahnenflüchtig. Obwohl der Mitgliederverlust, abgesehen von dem Abgang nicht zu uns gehöriger, während der Inflation aber mitgeschleppter selbständiger Hausgewerbetler, gering ist, so hat er doch die Unternehmung in ihrem Wachstum bekräftigt. Die durch ihre eigene erbärmliche Wirtschaftspolitik herbeigeführte Krise leistete ihnen dabei Hilfe. Die Unternehmer glauben, sie brauchen heute nicht mehr mit uns zu verhandeln. Doch schon sind die gefährlichen Klippen überwunden, die Kollegen und Kolleginnen, durch die Nöte der Zeit gezwungen, sehen ein, daß es falsch ist, feige davonzulaufen, sie lehren zu ihrer Organisation zurück, und bald wird unsere Kampffront wieder so geschlossen sein wie vormals.

Große Aufgaben stehen uns bevor. Seit November 1924 kämpfen wir um eine weitere Lohnerhöhung, ein neuer Mantelvertrag muß geschaffen werden. Diese Aufgaben werden und müssen gelöst werden, wenn die Kollegenschaft mehr noch als bisher teilnimmt am Verbandesleben, mitarbeitet, um auch den letzten Harmonikaarbeiter der Organisation, der Deutschen Holzarbeiter-Verband, zuzuführen. Von der Wucht der Kollegen werden die Erfolge abhängen, die wir erzielen. Hartnäckig und mit Ausdauer müssen wir alle an unserem Verbandes mitarbeiten, neue Kraft zu neuer Kampfbereitschaft sammeln, das ist die Aufgabe der gesamten organisierten Kollegenschaft.

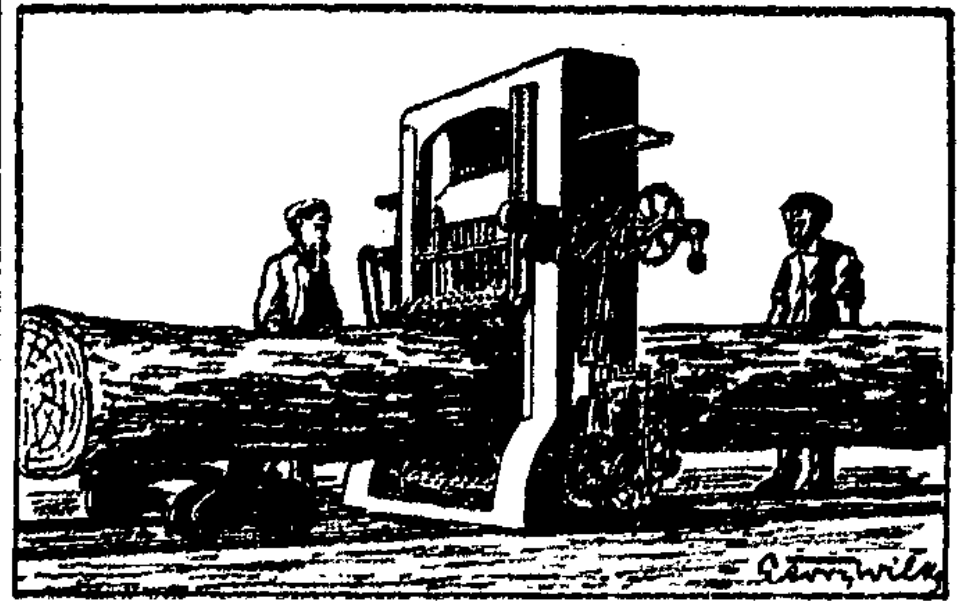
An die Arbeit, Kollegen! Die Wucht ruft!

Unangenehm liegen die Verhältnisse in Markneun- kirchen. Hier ist der Hauptsitz der Geigenindustrie, auch Zupf- und Blasinstrumente werden hier gemacht. In Markneunkirchen und den umliegenden Orten sind etwa 2000 Musikinstrumentenarbeiter in Betrieben und etwa 5000 als Heimarbeiter beschäftigt. Letztere lassen sich nicht gern mit Heimarbeiter anreden, sie wollen selbständige Gewerbetreibende sein, viele fühlen sich sogar als Künstler. Wirtschaftlich geht es ihnen aber kaum besser als den Betriebsarbeitern, den meisten sogar noch schlechter. Sie werden von den Verlegern nach allen Regeln der Kunst ausgebeutet. Daß die Heimarbeiter einen gewissen Berufsstolz haben, wird ihnen niemand übelnehmen, denn ihre Instrumente sind in der Tat von einer Qualität, die sich sehen lassen kann. Aber weder die Betriebsarbeiter noch die Heimarbeiter werden ihrer Leistung entsprechend bezahlt. Schuld daran ist allein ihre gewerkschaftliche Gleichgültigkeit. Erst nach dem Kriege war es dort möglich, gewerkschaftlich Fuß zu fassen. Vollständig falsch war es, daß sich Holz- und Metallarbeiter-Verband in die Arbeit teilten. Die Musikinstrumentenarbeiter gehören in den Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Der hoffnungsvolle Anlauf zum Aufbau einer gewerkschaftlichen Organisation wurde nach Beendigung der Inflation wieder zerschlagen, nachdem schon einmal während der Inflation ein Liebhaber Verbandsbücher für 50 Mk. ankaufte, um die verhasste Gewerkschaftsbewegung zu zerstören. Nach der Währungsstabilisierung sind die ungeschulten Kollegen wieder davongelaufen. Kommunisten und sonstige Wirrköpfe taten noch das Ihrige. Doch macht sich auch dort bereits die Vernunft wieder bemerkbar. Durch tatkräftige Mitarbeit wird es gelingen, die Organisation wieder aufzubauen.

Wohlan, ihr Markneunkirchner Kollegen und Kolleginnen! Die Hand wird euch geboten, schlagt ein, arbeitet mit, es wird, es muß wieder vorwärtsgehen. Flügt euch ein in die Reihen der Klassenbewußten Arbeiterklasse! Hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband!

H. Naumann.



**Oberhessen.**

**Ich bekomme meinen Tariflohn doch!**

Der Funktionär hat diese fünf Worte schon oft hören müssen. Sie stellen die übliche Ausrede derjenigen dar, die sich damit um die Beitragsleistung und sonstigen gewerkschaftlichen Verpflichtungen brüden wollen. In der Regel sind sie es gerade, die ständig fragen, ob es nicht bald wieder mehr gibt. Hat der Verband etwas festgelegt, dann versuchen solche Menschen, alles zu verkleinern, um immer wieder einen Vorwand für ihr Verhalten zu haben. Dabei stecken sie gern schmunzelnd jeden Vorteil mit ein, den zu erringen ihnen auf Grund eigener Kraft nie möglich wäre. Wir finden diese Leute überall. Ihr Anhang wird noch durch eine andere Sorte vermehrt. Es sind solche, die immer erklären, wenn alles in den Verband eintritt, dann mache ich auch mit. Andere wieder, wenn Schulze oder Müller nicht zahlt, warum soll ich da zahlen. Nicht selten kommt es vor, daß beim Kassieren der Beiträge solche Auckkollegen sich über gewissenhafte Gewerkschaftsmitglieder lustig machen. In allen diesen Fällen müssen die Vertrauensleute viel Takt, Überzeugung und Dignität für ihre Sache mitbringen, zumal sich leider viel zu wenig Kollegen finden, um die Funktionäre zu unterstützen und solchen Elementen mit der nötigen Energie entgegenzutreten. Das beste Mittel gegen solche Miesmacher, solange es nicht ausgesprochene Querulanten sind, ist die offene Verteidigung unserer Sache durch alle Mitglieder, wo hierzu sich die Gelegenheit findet. Für jeden Kollegen sind Beispiele genug vorhanden, um den Wert einer guten Organisation treffend zu belegen.

Herr Berger in Hachenburg im Westerwald ist ein großer Feind der Gewerkschaften. Für alle Arbeiter wäre es ein Segen, wenn sie ebenso große Anhänger ihrer Sache wären. Die Sicherheit, den Tariflohn doch zu bekommen, führte zur Vernachlässigung des Verbandes. Die Folgen haben die in diesem Betrieb Beschäftigten bitter zu spüren bekommen. Monatslohn pro Stunde 8 Pf. weniger war das Ergebnis — und dazu keine Ferien. Ein feines Geschäft, so sicher war es gemacht, daß dieser Herr sogar die Mitgliedschaft beim Arbeitgeberverband kündigte. Um mehrere Tausend Mark hatte sich die Gesamtschuldigkeit innerhalb einer Reihe von Monaten durch diese Gleichgültigkeit gebracht. Mitunter ist wirklich nicht zu begreifen, wie man da in jeder Woche auf mehrere Mark verzichtete, während 10 bis 20 Pf. mehr Beitrag die Ursache zum Austritt sein sollten. Einer Reihe verbliebener Anhänger und den dauernden Bemühungen der Organisation gelang es, so nach und nach die Mitgliedschaft wieder zu heben und nach Überwindung von allerlei Hindernissen die restlose Nachzahlung des zu wenig gezahlten Tariflohnes zu erreichen. Die Ferien sind heute noch unerledigt. In Lauterbach (Oberhessen), bei der Firma Bentel, Sägewerk, war es ähnlich, mit dem Unterschied, daß die Differenz nicht so hoch war. Immerhin entstand durch den monatlangen Verlust den einzelnen Arbeitern ein recht ansehnlicher Geldverlust. Nur durch die Besserung des Organisationsverhältnisses war es auch da möglich, den Beschäftigten nachträglich zu ihrem Recht zu verhelfen. Auch da sind trotz aller Bemühungen die Ferien für 1924 noch nicht erledigt. Sobald einmal der Schindrian in einem Betriebe eingezogen ist, hält es doppelt schwer, geordnete Verhältnisse wieder herzustellen.

Es will nichts besagen, wenn hier und da gerade mal solch ein Außenseiter wirklich mehr Lohn bekommt. Der Unternehmer braucht diese Menschen, sie dienen durch ihr Verhalten seinem Interesse, da kommt es gar nicht darauf an. Wo bleiben geregelte Arbeitszeit und Ferien, wenn der Verband nicht wäre. Die Unternehmer der oberhessischen Sägewerkindustrie beweisen uns, daß vor dem Kriege z. B. in Alsfeld der Lohn 25 bis 28 Pf. betragen hat. Sagt allen Gleichgültigen, daß es noch heute nicht wesentlich anders wäre, wenn die Mehrheit der Beschäftigten den gleichen Standpunkt einnehmen würde. Sie belämen keinen Tariflohn, keine Ferien und würden redlich zehn Stunden und mehr schufteten. Mehr als einmal mußten wir mit anhören, wie gesagt wurde, für den oberhessischen Sägewerksarbeiter sei auch nicht die geringste Berechtigung für Ferien vorhanden. Nur der Zusammenschluß schafft uns Vorteile. Würden auch alle diejenigen, die so reden, mittun und nicht an dem Betrag Anstoß nehmen, dann würden sie sehen, daß er hundertfache Zinsen bringt. An die Arbeit, Kollegen, werbt unermüdetlich für den Verband. Kurt Moosdorf.



**Kleinholz- u. Spielwarenindustrie des Erzgebirges.**

Wohl in wenig Branchen unseres Verbandes haben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine solche Umgestaltung erfahren, wie in der Kleinholz- und Spielwarenindustrie. Die Löhne der erzgebirgischen Spielwarenarbeiter waren weit über Deutschlands Grenzen hinaus berüchtigt als Gläuberslöhne. Die Unternehmer waren die unumschränkten Gebieter in ihren Betrieben. Jeder Versuch, durch die Organisation Änderungen zu schaffen, wurde mit Maßregelungen beantwortet. Daher kam es, daß unser Verband in der Vorkriegszeit nur schwer Fuß fassen konnte, und daß von etwa 8000 in diesen Bezirken beschäftigten Holzarbeitern Anfang 1914 kaum 1500 organisiert waren. Heute ist dieses Verhältnis ein anderes geworden. In den Bezirken unserer Verwaltungssprengel Eppendorf, Marienberg, Reuhausen und Obernhau sind zurzeit insgesamt 5000 Holzarbeiter organisiert. Der Umsturz brachte uns einen ungeheuren Zustrom an Mitgliedern. Tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen trat an Stelle der unumschränkten Diktatur. Leider ließen die ununterbrochenen Lohnverhandlungen wenig oder gar keine Zeit, die neugewonnenen Massen mit gewerkschaftlichem Geist zu erfüllen. Überspannte Köpfe fanden mit ihren Phrasen gerade bei diesen ungeschulten Arbeitern fruchtbarer Boden, mit dem Erfolg, daß heute ganze Betriebe unorganisiert und dem Ansturm ihrer Unternehmer schutzlos preisgegeben sind.

Jeder Verbandskollege muß die Verpflichtung in sich fühlen, als Agitator tätig zu sein. Insbesondere im Marienberger und Reuhausener Bezirk sind alle Anstrengungen zu machen, um die Zahl der Indifferenten herabzudrücken. Diesen ist zu sagen, daß sie sich nicht die Fingernägel in „Dort zu ernten, wo andere säen“, zu eigen machen dürfen.

Heute schon ist festzustellen, daß Unternehmer, die in ihrem Betrieb keine Organisation zu fürchten haben, die vertraglichen Verpflichtungen nicht einhalten. Was die hier beschäftigten Kollegen wünschentlich an Verbandsbeitrag sparen wollen, fließt in doppelter und dreifacher Höhe in die Taschen des Unternehmers. Wenn es eine Anzahl Unternehmer gibt, die, trotzdem ihre Arbeiterkraft der Organisation fernsteht, noch den tariflich vereinbarten Lohn zahlen, so wird doch sehr bald der Zeitpunkt kommen, wo auch hier der Versuch gemacht wird, sich von den vertraglichen Abmachungen zu drücken. Wir brauchen ja nur an die Ferienregelung für den kommenden Sommer zu denken.

Was uns aber die Tatsache, daß noch Tausende unorganisierter Holzarbeiter in den Betrieben stehen, für Schwierigkeiten an dem Verhandlungsstisch bereitet, davon kann die Verhandlungskommission ein Lied singen. Ist es doch soweit gekommen, daß Vertreter der Unternehmer mehr oder weniger deutlich erklärten, daß für einzelne Betriebe der Deutsche Holzarbeiter-Verband nicht mehr verträglich sei. Kollegen! Das muß anders werden! Nur eine starke Organisation gibt die Gewähr, daß das Erreichte auch tatsächlich durchgeführt wird und auf diesem Boden weitergearbeitet werden kann. Darum: Werbet alle Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

H. Wenzel.

Bei unserer Hausagitation besuchte ich einen Kollegen, dem vor kurzer Zeit die Wohnung abgebrannt war. Der Kollege erzählte mir etwa folgendes: Meine Familie besteht aus zwölf Köpfen, davon sind vier Kinder außer dem Hause, teils verheiratet, teils in Stellung. Durch den Brand habe ich nicht allein Sachschaden erlitten, sondern auch Krankheit innerhalb meiner Familie durchzumachen gehabt. Ich erhalte als Hofarbeiter pro Woche 18,50 Mk. und davon müssen wir acht Personen leben; andere Einnahmen haben wir nicht. In den Verband wollte ich schon seit längerer Zeit wieder eintreten, doch langt es beim besten Willen nicht dazu. Täglich ist mein Essen Margarinebrot und eine Flasche Kaffee, abends Kartoffeln mit Salz und etwas Leinöl. Fleisch oder Wurst kommt selten auf unseren Tisch. So leben wir einen Tag wie den anderen, und auch persönlich leiste ich mir nichts Besonderes. Am Lohntag lehren meine Kollegen oftmals ein und zweifeln auf eine Stunde ihr Glend. Ich würde ihnen auch gern Gesellschaft leisten, wenn meine Familie dadurch nicht noch mehr entbehren müßte. Ich habe die Überzeugung, daß der Verband uns allen bessere Verhältnisse bringen kann, und sobald ich aus meiner bedrängten Lage herauskomme, ist mein erster Weg zum Verband.



Tief erschüttert von dem Elend, was sich mir bot, schied ich von diesem Kollegen in der Hoffnung, ihn recht bald in unseren Reihen wieder zu treffen.

Warum ich dieses Erlebnis hier wiedergebe? Um zu zeigen, daß selbst von diesem Kollegen erkannt worden ist, daß der Zusammenschluß notwendig ist, um aus seinem Elend herauszukommen. Ein Beispiel für die uns fernstehenden Kollegen und Kolleginnen, wie verkehrt sie noch heute handeln. Seid ihr blind geworden, daß ihr nicht seht, wie jede Woche die Preise für alle wichtigen Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel in die Höhe klettern? Und unser Lohn? Steigt der auch in derselben Weise, oder bleibt er nicht ständig weiter zurück? Woran liegt denn das eigentlich? Glaubt ihr etwa, euer Unternehmer wird schon ein Einsehen haben und euch zuliegen? Auch für den erzgebirgischen Holzarbeiter gibt es nur einen Weg: hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband. Der Verbandsbeitrag ist genau so notwendig wie das tägliche Brot, und eure Ausrede, daß die Verbandskollegen auch keinen höheren Lohn erhalten als ihr, stimmt nur in bedingter Weise, weil unser Verband eben durch euer Verschulden in seiner Wirksamkeit gelähmt worden ist.

Überlegt euch einmal, wie hoch unsere Löhne ständen, wenn ihr alle im Verband geblieben wäret. Habt ihr nicht durch eure Gleichgültigkeit jede Woche euerm Unternehmer ungezählte Mark an Löhnen erspart. Ein Vielfaches dessen habt ihr an Lohn eingehüßt, was die wenigen Pfennige Verbandsbeitrag ausmachen, die ihr sparen wolltet. Langsam wämmert bei verschiedenen Kollegen und Kolleginnen diese Erkenntnis, und viele treten wieder in unsere Reihen ein. Je schneller diese Erkenntnis sich verbreitet und je mächtiger der Zusammenschluß wieder erfolgt, desto leichter wird es auch dem Verband möglich sein, wieder größeren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen.

Das vergangene Jahr muß jedem eine Lehre gewesen sein. Wer sich jetzt noch von uns fernhält, ist mitschuldig, wenn wir hier oben im Erzgebirge den Erzeugnissen der übrigen Arbeiter weit hinten nachhinken. Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen von Marienberg und Umgegend! Kommt alle wieder in unseren Verband, nur so werdet ihr eure Lebenslage wesentlich verbessern können.

Franz Müller (Marienberg).

Berlin.

Widrige Umstände wirken schon seit geraumer Zeit hemmend auf die deutsche Wirtschaft und beeinträchtigen den Geschäftsgang. Unberechtigt hohe Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate belasten die Fertigerindustrie. Die Unternehmer wollen den im letzten Jahrzehnt erzielten Gewinn sich auch für die fernere Zeit sichern und versuchen ihren Arbeitern einzureden, daß nur verlängerte Arbeitszeit und niedere Löhne zur Behandlung der deutschen Wirtschaft beitragen können. Auch die Berliner Holzindustriellen haben die gleiche Gesinnung. Immer offensichtlicher tritt zutage, daß die Unternehmer beabsichtigen, nicht nur ihre früheren Machtpositionen wiederzugewinnen, sondern sie noch wesentlich zu erweitern. Im Gegensatz dazu steht die Arbeiterorganisation imstande ist, den breiten Massen eine Besserung ihrer Lebenslage zu bringen, in den Arbeitern vielfach abhandelt. Auch unter den Berliner Holzarbeitern hat sich die Eigenbrötelerei breitgemacht. Die Einwirkung der Delegation, die Geldentwertung und die teilweise sehr lange Arbeitslosigkeit, von der sehr viele Kollegen betroffen wurden, haben sich kurzlichzeitig Propagandisten zeigen gemacht, um eine Unternehmungsarbeit in den Betrieben und bei Zusammenkünften zu betreiben, die zum anberaumten Zerreißen unserer deutschen Organisation zum Ziele haben sollte. Glücklicherweise hat diese Wühlarbeit bei dem größten Teil unserer Mitglieder, welche als Facharbeiter von der Notwendigkeit des Organisationsgedankens durchdrungen sind, nicht den gewünschten Erfolg gehabt: wir zählten am Schluss des Jahres 1924 noch 25 723 Mitglieder. Jenseits war der Mitgliederstand beträchtlich, und die Mitglieder der Zweigvereine waren unsere Berliner Holzindustriellen, welche infolge ihrer Notstände in der Lage waren, einen Vertragsabschluss für 1924 zu umgehen. Dadurch wurde ein Teil unserer Kollegen um ihre wohlverdienten Ferien gebracht.

Nach Überwindung dieser Tagesparteierei hat sich nun wieder seit Monaten ein größeres Zutrom von Mitgliedern ein. Von den Kollegen, welche nach Beendigung der Tätigkeit in unsere Organisation eintraten, sind viele, die den Sinn der gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht begriffen hatten, bald wieder abgewandert. Hierin hat die unkontrollierte, im Effekt dem Unternehmer nur schadenbringende Tätigkeit unserer Agitatoren wesentlich beigetragen. Nun beginnt es aber auch in den Kreisen dieser Kollegen zu regnen. Wir müssen uns der Gefahr bewusst sein, daß die Organisation zu propagieren und Aufklärung zu schaffen, muß heilige Pflichten aller Mitglieder sein. Nur so werden wir die Massen erreichen. Es vom falschen Holz befreien und zu rationellen Methoden der Verarbeitung machen; zum Flug und zur Abwehr aller Stürme, gleichviel von welcher Seite diese kommen mögen.

H. Freygang.

Dresden.

Ein Jahr des Kampfes liegt hinter uns. Wenn wir die Erfolge betrachten, so können wir sagen, wir haben uns gut geschlagen! Es war das erstmal seit 1914, daß die Kollegen sich vor die harte Aufgabe gestellt sahen, in den Betrieben selbst zu wirken und Betriebsverträge in großer Zahl zum Abschluß zu bringen. Keine großen Reden wurden gehalten, aber in zäher Arbeit die Forderungen, die der Arbeitgeberverband ablehnte — Arbeitszeit, Ferien und angemessene Löhne —, durch Betriebsverträge festgelegt. Damit hatten die Kollegen den Beweis erbracht, daß sie die Kraft besitzen, auch gegen den Willen der Unternehmerorganisation ihre Forderung durchzusetzen.

Eine große Zahl von Mitgliedern hat in der Bewegung eine Arbeit zum Vorteil der gesamten Kollegschaft geleistet, ohne in den Vordergrund zu treten. Getragen von Idealismus, ohne Rücksicht auf persönliche Opfer, haben die Kollegen in der bewegten Zeit Agitations- und Aufklärungsarbeit geleistet, die für viele Kollegen anregend und vorbildlich war. Eine gute Bezirks- und Branchen-Vertrauensmänner-Organisation, die zu jeder Zeit bereit ist, im Interesse des Verbandes tätig zu sein, gibt uns die Gewähr, daß wir auch in Zukunft allen Stürmen trotzen können. Als Grundlage der Agitation dient eine sorgfältig geführte Kartothek aller unorganisierten Holzarbeiter. Die

werkschafter. Die seit 1920 einsetzende Geldentwertung zwang uns, alle Kräfte in den Dienst der Lohnbewegung zu stellen. Die politischen Wirren der nachfolgenden Jahre, die Spaltung der politischen Arbeiterparteien und die sich hieran anschließenden Auseinandersetzungen verpflanzten sich auch in die Gewerkschaftsversammlungen, so daß diese kein geeigneter Boden waren, um den unaufgeklärten Mitgliederzuwachs für die gewerkschaftlichen Ziele zu begeistern. So kam es, daß ein Teil der Neugewonnenen bald die Fittiche hängen ließ, ein anderer Teil glaubte im stürmischen Draufgängerium das Erhoffte zu erreichen.

Der gänzliche Verfall der deutschen Währung führte im Herbst 1923 zu einer völligen Wirtschaftsstockung und zu riesengroßer Arbeitslosigkeit. Hier setzte auch der Mitgliedererfolg bei uns ein. Viele, die in ihrem seitherigen Beruf keine Arbeit finden konnten, gingen zu anderen Berufen über, oft ohne sich der zuständigen Organisation anzuschließen. So konnten wir feststellen, daß in größeren Sägewerksbetrieben zeitweise Arbeiter aus 25 Berufen als Hilfsarbeiter beschäftigt waren, trotzdem diese Gruppe die schlechtest bezahlte in der Holzindustrie ist. Nicht unerwähnt darf aber auch das organisationschädliche Treiben der Mostauer Heilbringer bleiben. Nach dem Grundfag: Steter Tropfen höhlt den Stein, versucht man von dorthier durch Herabwürdigung der Tätigkeit und der Erfolge der Gewerkschaften die unaufgeklärten Massen loszwickeln zu machen. Wir haben festgestellt, daß manche Betriebe, infolge der Tätigkeit solcher Einheitsapostel, fast ganz der Gewerkschaft verlorengegangen.

Um die verlorengegangenen Mitglieder wiederzugewinnen, ist intensive Mitarbeit der Kollegen in den Betrieben erforderlich. Betriebsversammlungen bringen mehr Erfolg als große allgemeine Versammlungen; auch das Aufsuchen der Kollegen in der Wohnung ist zweckentsprechend, wenn es durch Personen geschieht, welche das nötige Geschick besitzen, auf Klären zu wirken. Auf diesem Wege haben wir seit Neujahr schon recht erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Soll allerdings die Mitgliederzahl vom Sommer 1923 wieder erreicht werden, dann müßte eine sehr gute Geschäftsperiode eintreten, welche die Zahl der Beschäftigten wieder auf den damaligen Stand erhöht.

Richard Sahn

Nürnberg.

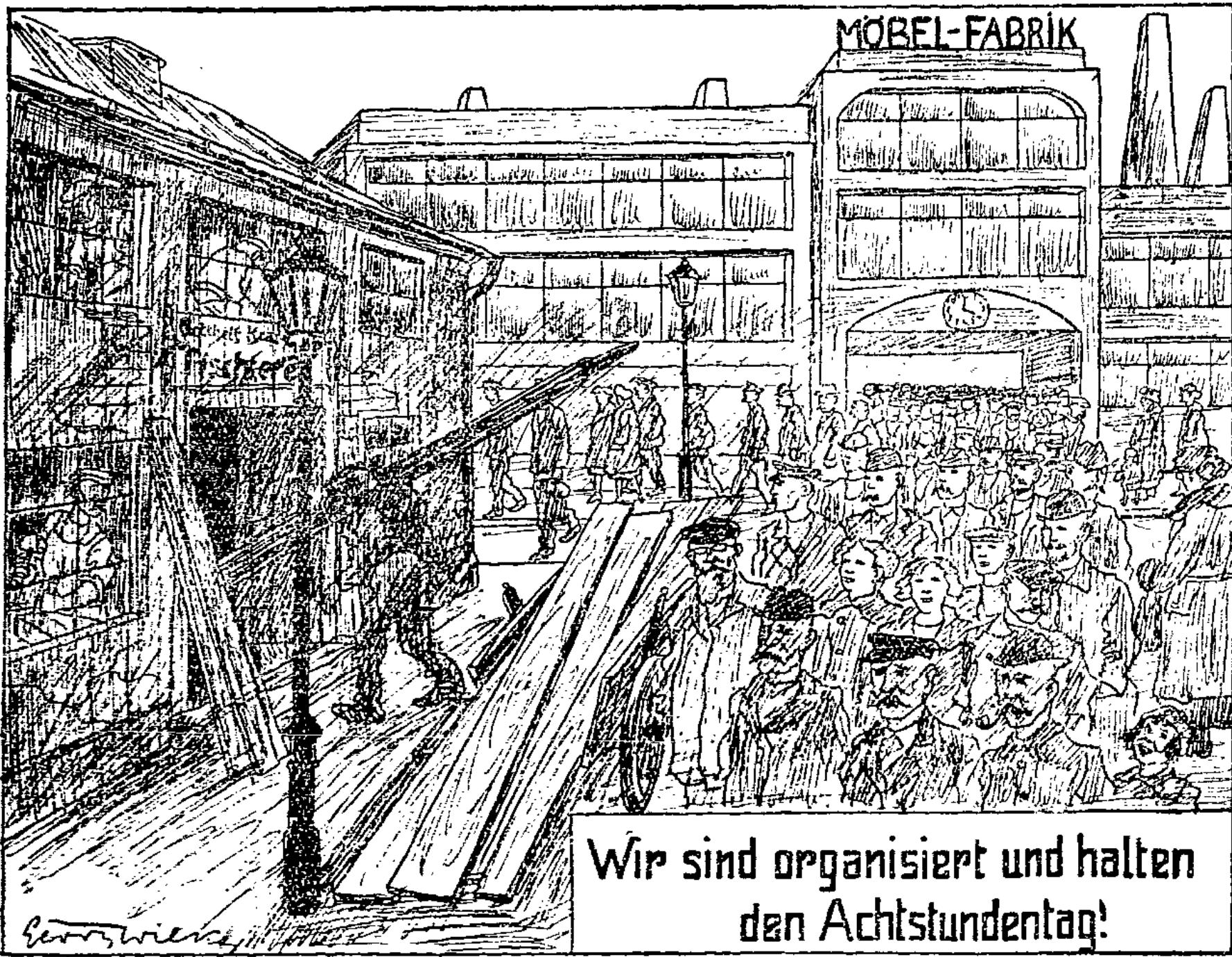
Es unterliegt keinem Zweifel, daß unser Verband die beste Waffe im Kampf um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist; ein kurzer Rückblick bestätigt dies. Von jeher hat er der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit die größte Bedeutung beigelegt. Wie außerordentlich wertvoll eine kürzere Arbeitszeit ist, ganz besonders für solche Berufe, die in ihrer Mehrzahl Arbeiterinnen beschäftigen, wie die Pinsel-, Bleistift-, Kamm- und Pfeifenindustrie in Nürnberg, das wissen unsere Kollegen und Kolleginnen zu würdigen. Gatten sich doch die hiesigen Pinselmacher gleich anderen Berufen bereits vor dem Kriege schon die 52-Stunden-Woche erkämpft und damit auch schon früh genug den Wert des Verbandes schätzen gelernt. In verschiedenen anderen Berufen, wie im Sägewerbe und in der Bleistiftindustrie, waren noch Arbeitszeiten von 57 bzw. 58 Stunden zu verzeichnen, weil hier der Organisationsgedanke nicht so frühzeitig Einzug hielt. Wenn heute alle Berufe in Nürnberg die 48-Stunden-Woche tariflich festgelegt haben und dabei noch Ferien bis zu 10 Tagen vereinbart sind, so ist dies wiederum der besseren Einsicht der Kollegschaft, ihrem Zusammenschluß im Verbandsverband zu verdanken.

Ist es da nicht geradezu Leichtsinns von denjenigen Mitgliedern, die sich einer Augenblicksstimmung hingeben, den gewerkschaftsfeindlichen Gehern in den Betrieben Glauben schenken und eine eintretende Kurzarbeit im Betriebe dazu benutzen, um die Beitragsleistung für den Verband einzustellen, wie das viele Holzarbeiter, die in den Metallbetrieben beschäftigt sind, getan haben? Dann nach kurzer Zeit kommt die Einsicht. Man will sein altes Mitgliedsbuch wieder haben, man möchte kein neues Mitglied im Verbandsverband sein. Müssen diese Kollegen dann erfahren, daß hierzu keine Möglichkeit besteht, dann geht's über den „Bougen“ her, der diese Auskunft zu geben gezwungen ist.

Ebenso falsch und ebenso selbstschädigend handeln die Kollegen, die aus Furcht vor Entlassung dem Verbandsverbande untreu wurden, weil einige Entlassungen im Betriebe vorgenommen wurden auf Grund der Stilllegungsverordnung. Sie alle kommen allmählich wieder, werden neue Mitglieder unseres Verbandes und stellen sich zur Mitarbeit dem Verbandsverband zur Verfügung. Es ist dies ein erfreuliches Zeichen, wenn die Selbsttäuschung Einkehr hält, aber ebenso ein deutlicher Beweis dafür, daß ohne Verband nicht vorwärts zu kommen ist.

Darum, Kolleginnen und Kollegen aller unserer Industrie, laßt euch nicht irre machen, bleibt auf dem einmal beschrittenen Wege, der zum Aufstieg der Arbeiterklasse führt. Denkt immer und allüberall daran, wie der Verband für euch streitet und kämpft, wie er eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert, wie er für eure Ferien eintritt, wie er den Jugendlichen und Lehrlingen hilft, wie er den Abschluß guter Tarifverträge erwirkt, und wie er den Aufstieg der Arbeiterklasse fördert. Gebt allen Gewerkschaftsfeinden die richtige Antwort durch Werbung für die Organisation, durch den Eintritt in den Verband. Vorwärts zu neuen Erfolgen!

Josef Hill.



Vertrauensleute erhalten sofort die Namen und Adressen der ausgetretenen oder gestrichenen Mitglieder ihres Bezirks und suchen die Kollegen persönlich auf, um sie für den Verband zurückzugewinnen.

Der verhältnismäßig geringe Mitgliederverlust, den wir zu verzeichnen haben, ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Spielwarenindustrie, die sich in der Nachkriegszeit hier niedergelassen hatte und 350 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte, wieder eingegangen ist und auch in der photographischen Industrie 250 Holzarbeiter weniger beschäftigt sind als in früheren Jahren.

Um dem Verband neue Kräfte zuzuführen, wird der Jugendbewegung die größte Beachtung zuteil. In regelmäßig stattfindenden Jugendversammlungen werden die jungen Kollegen in die wirtschaftlichen Fragen eingeweiht und in das Gewerkschaftsleben eingeführt. Gesellschaftliche Unterhaltungsabende, Wanderungen und Besichtigungen von Museen und Ausstellungen sorgen für die nötige Abwechslung. Unserer Jugendabteilung gehört der weitaus größte Teil aller Lehrlinge an, und manch tüchtiger Funktionär des Verbandes wird aus ihr hervorgehen.

Neues Leben, geführt auf alte gewerkschaftliche Erfahrung, erwacht in allen Zweigen unserer Organisation. Dies zu fördern und zu pflegen, muß vor allen Dingen Aufgabe der Parteiführung und der alten erfahrenen Kollegen sein. Mancher alte Kämpfer, der bereits 30 und mehr Jahre dem Verbandsverband gedient hat, würde sich gern auf sein Altenteil zurückziehen, aber wir müssen es ihm noch verwehren, denn wir brauchen seine Erfahrung, um die Kollegen wieder heranzubilden; die notwendig sind, um die Lücke zu füllen, die der Krieg auch in unserem Verbandsverband gerissen hat. Die Jungen richten sich auf an dem Beispiel der Alten.

Deshalb müssen die alten Kollegen den tätigen jungen Kollegen Gelegenheit geben, durch gemeinsame Arbeit und Ausbreitung sich zu fördern. Aus den widerstreitenden Anschauungen über unsere Aufgaben wird sich der richtige Weg herauskristallisieren.

A. Diebler.

Leipzig.

Die Zeit nach dem Kriege hat, wie überall, so auch in Leipzig, eine starke Steigerung der Mitgliederzahl gebracht. Zwar hat sich im Jahre 1919 die Zahl der Holzbetriebe beträchtlich vermindert, und viele bestehende Betriebe wurden erweitert, doch kam die Übergroße Mehrzahl der neuen Gewerkschaftsmitglieder aus jenen Kreisen, die vor dem Kriege den Gewerkschaften und ihren Bestrebungen stumpfsinnig gegenüberstanden. Diese Mitglieder zu erziehen und aus ihnen zielbewusste Gewerkschafter zu machen, hätte nun die wichtigste Aufgabe sein müssen. Leider waren die Verhältnisse härter als die Kräfte selbst der tüchtigsten Ge-



### Aus dem Verbandsleben.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 11. März beitragsfrei für die Woche vom 9. März bis 14. März fällig geworden.

Die Kandidatenlisten für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongress werden in diesen Tagen allen Verwaltungsstellen zugesandt werden. Im Hinblick auf die nunmehr in den Tagen vom 29. März bis einschließlich 3. April vorzunehmenden Delegiertenwahlen veröffentlichen wir hiermit zur Information für alle Verbandsmitglieder die den Ortsverwaltungen bereits vor einigen Wochen durch unser Mitteilungsblatt zugesandte Wahlordnung. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß mit den ursprünglich vom 29. März bis 4. April vorgesehenen Wahlterminen um einen Tag verlängert haben. Da am Sonntag, dem 29. März, Reichspräsidentenwahl ist, werden verschiedentlich Verwaltungsstellen, die gewohnt sind, an einem Sonntag die Verbandsversammlung vorzunehmen, gehindert sein. Deshalb ist der folgende Sonntag, der 5. April, auch als Wahltag zugelassen.

Wir ersuchen die Mitglieder aller Verwaltungsstellen, vollständig an der Wahl teilzunehmen.

#### Wahlordnung.

§ 1. Für die Wahl zum Verbandstag bildet jede Wahlabteilung einen für sich abgeschlossenen Wahlbezirk.

Nach § 128, Ziffer 2 des Verbandsstatuts können Verwaltungsstellen, welche für sich allein einen abgeschlossenen Wahlbezirk bilden, auf ausdrücklichen Beschluß einer Mitgliederversammlung ihre Delegierten nach relativer Mehrheit wählen. Ein dahingehender Beschluß ist dem Verbandsvorstand mitzuteilen, und zwar mit der Berichtstarke über die erfolgte Kandidatenaufstellung.

§ 2. Jede Verwaltungsstelle hat das Recht, einen Kandidaten für die Delegiertenwahl in Vorschlag zu bringen. Verwaltungsstellen, die auf Grund ihrer Mitgliederzahl einen abgeschlossenen Wahlbezirk bilden, können eine entsprechende Anzahl Kandidaten in Vorschlag bringen. Diejenigen Verwaltungsstellen, die mit anderen zusammen einer Wahlabteilung angehören, in der mehrere Delegierte zu wählen sind, können entsprechend ihrer Mitgliederzahl auch mehrere Kandidaten in Vorschlag bringen, im Höchstfall jedoch nur doppelt soviel, wie Delegierte in der Wahlabteilung zu wählen sind. Die Kandidaten müssen in einer Verwaltungsstellensammlung mit Stimmenmehrheit gewählt werden und Mitglied einer Verwaltungsstelle der Wahlabteilung sein. Name, Beruf und Adresse des aufgestellten Kandidaten sind spätestens bis 28. Februar an den Verbandsvorstand mitzuteilen. Zu dieser Mitteilung liegt eine Karte mit besonderem Vordruck bei. Nach dem 28. Februar einlaufende Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Sofort nach dem 28. Februar stellt der Vorstand die aus jeder Wahlabteilung angemeldeten Kandidaten zu einer Liste zusammen und versendet letztere an sämtliche Verwaltungsstellen der betreffenden Abteilung. Doppelkandidaturen (in mehreren Wahlabteilungen) sind unzulässig.

§ 3. Die Wahl der Delegierten erfolgt durch die Mitglieder in den Verwaltungsstellen durch geheime Abstimmung in einem hierzu bestimmten Wahllokal mittels Stimmzettels und kann nur in Person ausgeübt werden.

§ 4. Die Delegiertenwahl findet in allen Verwaltungsstellen gleichzeitig in der Woche vom 29. März bis 5. April statt. Innerhalb dieser Woche hat jede Ortsverwaltung den Wahltag sowie Beginn und Ende der Wahlhandlung selbst zu bestimmen, muß jedoch beides den wahlberechtigten Mitgliedern mindestens eine Woche vorher hinreichend bekanntgeben. Über mehr als einen Tag darf die Wahl in keiner Verwaltungsstelle ausgedehnt werden, ebenso dürfen außerhalb der von der Ortsverwaltung bekanntgegebenen Wahlzeit keine Stimmzettel entgegengenommen werden.

§ 5. Das Wahllokal ist von der Ortsverwaltung jeder Verwaltungsstelle zu bestimmen und den Verwaltungsstellenmitgliedern bekanntzumachen. In großen Verwaltungsstellen können zwei oder mehrere Wahllokale bestimmt werden. Außerhalb des Wahllokals dürfen keine Stimmzettel entgegengenommen werden. Eine Delegiertenwahl in den Bezirken kann nur vorgenommen werden, wenn ein geeigneter Raum vorhanden ist und alle Voraussetzungen dieses Wahlreglements erfüllt werden können.

§ 6. Zur Leitung der Wahl sind fünf Mitglieder der Ortsverwaltung als Wahlvorstand zu bestimmen, von welchem jeweils mindestens drei während der Dauer der Wahlzeit am Wahlort anwesend sein müssen. In großen Verwaltungsstellen mit mehreren Wahllokalen hat die Ortsverwaltung die erforderlichen Wahlvorstände möglichst aus den Mitgliedern der Verwaltung zu ernennen, mindestens in als Vorsitzender eines jeden Wahlvorstandes ein Mitglied der Verwaltung zu bestimmen.

§ 7. In dem Wahllokal sind die Namen sämtlicher Kandidaten der Abteilung auf einer Tafel oder einem Plakat oder auf andere Weise den Mitgliedern ausreißend bekanntzugeben.

§ 8. Beim Eintritt in das Wahllokal ist jedem Wähler ein weißer, nur mit dem Stempel der Verwaltungsstelle versehenes Stimmzettel zu übergeben. Der Wähler hat dann den Zettel mit dem Namen eines für die Wahl aufgestellten Kandidaten handschriftlich zu versehen.

§ 9. Jeder Stimmzettel für die Wahl eines Delegierten darf nur einen Namen enthalten. Stimmzettel, die mehr als einen Namen enthalten, sind in den Wahlabteilungen unzulässig, die nur einen Delegierten zu wählen haben. In den Abteilungen, in denen mehr als ein Delegierter zu wählen ist, darf der Stimmzettel nicht mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind unzulässig.

§ 10. Es ist den Ortsverwaltungen auch gestattet, gedruckte Stimmzettel auszugeben. Dieselben müssen die Namen sämtlicher Kandidaten der Abteilung enthalten und dürfen keinerlei sonstigen Aufdruck tragen. Die Ausgabe erfolgt nur im Wahllokal entsprechend der Beschriftung im § 8. Der Wähler muß die vorgegedruckten Namen der Kandidaten, die er nicht wählen will, durchstreichen. Stimmzettel, die nicht durchgestrichene Namen enthalten, als Delegierte in der Abteilung zu wählen sind, sind unzulässig.

§ 11. Jedes Mitglied der Verwaltungsstelle, welches am Tage der Wahl nicht mehr als drei Wochenbeiträge zahlt, ist wahlberechtigt. Wer vier oder mehr Beiträge zahlt, ohne daß ihm Stundung gewährt wurde, ist weder wahlberechtigt noch wählbar. Durch Befreiung von den Beiträgen infolge Streiks, Krankheit oder Arbeitslosigkeit werden das Wahlrecht und die Wählbarkeit nicht beeinträchtigt.

§ 12. Jeder Wähler hat bei der Stimmabgabe sein Mitliedsbuch oder seine Mitgliedskarte vorzulegen. Nach Prüfung der Wahlberechtigung durch den Wahlvorstand und Entgegennahme des Stimmzettels ist in das Mitliedsbuch oder in die Mitgliedskarte des Wählers einzutragen, daß er an der Wahl teilgenommen hat. Der Eintrag geschieht auf der inneren Seite des vorderen Umschlagbedels durch Einzeichnen des Stempels und Beifügung des Datums der Wahl.

§ 13. Jedes Mitglied kann bei der Wahl seine Stimme nur einmal abgeben. Zur Kontrolle hierfür dient der vorterrichtete Eintrag in das Mitliedsbuch bzw. in die Mitgliedskarte.

§ 14. Sofort nach Ablauf der Wahlzeit ist das Wahllokal zu schließen, worauf nur noch die im Lokal anwesenden Wähler ihre Stimme abgeben dürfen. Hierauf hat der Wahlvorstand sofort die Stimmzettel zu zählen und das Wahlergebnis festzustellen. Letzteres ist in dem von dem Wahlvorstand überreichten Wahlprotokoll einzutragen und, mit dem Namen des Vorsitzenden des Wahlvorstandes und dem Verwaltungsstellenvermerk, spätestens am Abend des 5. April an den Verbandsvorstand einzuschicken.

§ 15. Der Verbandsvorstand hat die aus den Verwaltungsstellen einlaufenden Wahlergebnisse am 6. April zusammen, früher eingehende

Wahlprotokolle müssen also unberücksichtigt bleiben. Zur Gültigkeit der Wahl ist absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Auslosung erfolgt durch den Verbandsvorstand.

§ 16. Wird in einer Wahlabteilung eine Stichwahl erforderlich, so erhalten die betreffenden Verwaltungsstellen vom Verbandsvorstand entsprechende Nachricht. Die Stichwahl erfolgt zwischen denjenigen beiden Kandidaten, welche die größte Stimmenzahl auf sich vereinigen. Sind mehrere Delegierte in der Stichwahl zu wählen, so ist die doppelte Zahl derjenigen Kandidaten einander gegenüberzustellen, welche die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Die Ortsverwaltungen haben das Stattfinden einer Stichwahl und das Wahllokal für dieselbe den Mitgliedern der Verwaltungsstelle bekanntzumachen.

§ 17. Die Stichwahl hat in allen daran beteiligten Verwaltungsstellen in der Woche vom 26. April bis 3. Mai stattzufinden. Für die Wahlhandlung bei der Stichwahl gelten alle Vorschriften, die in dieser Wahlordnung für die Hauptwahl aufgestellt sind. Insbesondere ist den Wählern die Teilnahme an der Stichwahl gleichfalls in das Mitliedsbuch oder in die Mitgliedskarte einzutragen.

§ 18. Die Resultate der Stichwahlen werden vom Verbandsvorstand am 4. Mai zusammengefaßt, es müssen somit später eintreffende Wahlprotokolle auch hier unberücksichtigt bleiben.

§ 19. Die gewählten Delegierten erhalten das Mandat vom Verbandsvorstand ausgestellt. Im Falle der Verhinderung eines gewählten Delegierten tritt der mit der höchsten Stimmenzahl in der Rinderheit gebliebene Kandidat als Ersatzmann an seine Stelle.

#### Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress 1925.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften tritt am 31. August in Breslau zusammen. Deshalb sollen aus Zweckmäßigkeitsgründen gleichzeitig mit den Wahlen zum Verbandstag in unserem Verband die Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress stattfinden. Die Zahl der Delegierten, die auf unseren Verband entfällt, wird geregelt durch § 33 der Bundesstatuten. Gemäß dem Beschlusse unseres letzten Verbandstages wird bestimmt:

§ 1. Für die Wahl zum Gewerkschaftskongress bildet jeder Gau einen für sich abgeschlossenen Wahlbezirk, in dem ein Delegierter zu wählen ist. Die Verwaltungsstelle Berlin wählt einen Delegierten für sich und scheidet deshalb bei der Wahl im Gau Brandenburg aus.

§ 2. Jede Verwaltungsstelle hat das Recht, einen Kandidaten für die Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress in Vorschlag zu bringen. Dieser muß in der Verwaltungsstellensammlung mit Stimmenmehrheit gewählt werden. Name, Beruf und Adresse des aufgestellten Kandidaten sind bis spätestens zum 28. Februar dem Verbandsvorstand mitzuteilen. Zu dieser Mitteilung ist die übersandte Karte mit besonderem Vordruck zu benutzen. Es ist besonders zu beachten, daß die Kandidatenvorschläge für den Verbandstag und für den Gewerkschaftskongress gesondert voneinander zu halten und auf besonderen Karten mitzuteilen sind. Sofort nach dem 28. Februar stellt der Vorstand die aus jedem Gau angemeldeten Kandidaten zum Gewerkschaftskongress zu einer Liste zusammen und versendet letztere an sämtliche Verwaltungsstellen des Wahlbezirks. Nach dem 28. Februar eingehende Kandidatenmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

§ 3. Für die Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress findet die vorstehend aufgestellte Wahlordnung für die Delegiertenwahl zum Verbandstag sinngemäße Anwendung. Insbesondere sind die mit einem \* versehenen Paragraphen zu beachten.

In der Veröffentlichung der Abrechnung vom dritten Vierteljahr 1924 erschien in einem Teil der Auflage unserer Zeitung ein Fehler insofern, als unter Ausgabe für Vorkasse in den Verwaltungsstellen eine Ziffer fehlte. Es muß in dieser Rubrik heißen: 33 526,64 Mk. und nicht 3526,64 Mk. Der Fehler ist durch langsames Abdrucken der Ziffer 8 im Druckfeld entstanden.

Ferner muß es unten heißen:  
Gesamteinnahmen ..... 1 547 424,80 Mk.  
Mehreinnahmen ..... 261 527,74 Mk.

Berlin S. O. 10, Am Köllnischen Park 2.  
Der Verbandsvorstand.

#### Zentralstellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer (bessere und mittlere) nach Bad Drenkhaußen, Bismberg i. Lippe, Lemgo i. Lippe, Nagold i. Württemberg, Wöhendorf (Kreis Soltau, Hann.). Reflektanten wollen sich schriftlich wenden an P. Dupont, Berlin S. O. 16, Am Köllnischen Park 2.

#### Korrespondenzen.

**Bruchsal.** Die hiesigen Faßdaubenbauereien suchen Daubenbauer zwecks Lohndrückerei nach Bruchsal zu ziehen. Wir bitten, den Zugang streng fernzuhalten, da kein Bedarf an Daubenbauern besteht.

**Zwiesel.** In Nr. 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“ war ein Bericht aus Zwiesel abgedruckt. Hierzu erhalten wir eine Zuschrift mit der Unterschrift: „Zahlstelle Zwiesel christlicher Holzarbeiter. J. A.: Paul Friedl, Zwiesel 329.“ Darin werden wir unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes ersucht, eine Berichtigung zu bringen. Dieser Hinweis ist nicht klug, denn wer ihn benutzt, muß das Preßgesetz kennen. Er war aber auch überflüssig, denn wir hätten von der Zuschrift auch ohne ihn Notiz genommen. Der Einsender bekennt, daß in dem Sägwerk Nimmlein u. Eber in der Zeit, da die Arbeiter nicht organisiert waren, der Lohn verkürzt und die Arbeitszeit verlängert wurde. In dieser Zeit war in dem Betrieb auch niemand christlich organisiert. Es sei auch nicht richtig, daß nach dem erzielten Erfolg ein christlicher Arbeiter geäußert hätte, man hätte nicht so radikal vorgehen sollen. — Die Sache ist von so geringer Bedeutung, daß wir es nicht für erforderlich halten, unseren Berichtserfasser darüber zu befragen. Die Berichtigung erinnert aber an die Verteidigung jener Frau, die von der Nachbarin aufgefordert wird, den geliehenen Topf zurückzugeben, darauf erwidert: 1. habe sie den Topf gar nicht geliehen, 2. war er schon kaputt, als sie ihn geliehen habe, und 3. habe sie ihn längst zurückgegeben.

#### Unsere Lohnbewegung.

Im Landesbezirk Niedersachsen haben die Unternehmer den am 24. Februar gefällten Schiedspruch, der die Wünsche unserer Kollegen keineswegs befriedigte, abgelehnt. Damit haben unsere Kollegen freie Hand gewonnen und erneut Forderungen gestellt. Deswegen ist es zunächst in Braunschweig zu Differenzen und zur Arbeitseinstellung gekommen.

Für den Bezirk Silesches Westfalen wurde am 28. Februar eine Verständigung erzielt, nach welcher die Löhne ab 6. März um 7 Pf., ab 1. April um weitere 2 Pf. erhöht werden. Der Durchschnittslohn in der Ortsklasse III steigt damit auf 69 bzw. 71 Pf.

In der Holzwarenfabrik in Thüringen war eine Verständigung über die Lohnhöhe nicht zu erzielen. Es ist deshalb bereits zu Arbeitseinstellungen gekommen, so in Arnstadt und Hermsdorf.

Für die Sägewerksindustrie in Ostpreußen wurde nach vergeblichen Verhandlungen am 2. März vom tariflichen

Schiedsgericht ein Schiedspruch gefällt, nach welchem auf den bisherigen Grundlohn des ungelerten Arbeiters in Ortsklasse I ab 5. März ein Zuschlag von 3 Pf., für den Monat Mai von 4 Pf. und für den Monat Juni von 5 Pf. zu zahlen ist. Die Abstaffelung erfolgt nach den seitherigen Grundlöhnen. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 10. März.

Für das sächsische Sägewerke wurde am 27. Februar ein Schiedspruch gefällt, nach welchem die Durchschnittslöhne der Sparte A ab 27. Februar in den vier Ortsklassen 70, 64, 59 und 56 Pf. betragen.

In Berlin wurde mit der Bergolder-Schwangsinning ein Abkommen getroffen, nach welchem die bestehenden Löhne vom 2. März an um 10 Pf. erhöht werden. Der Tariflohn der Facharbeiter über 22 Jahre beträgt 92 Pf.

In Bremen wurde für die Packfabriken ein Abkommen getroffen, welches den Lohn der Facharbeiter über 22 Jahre auf 69 Pf. festsetzt. Nach dem für die Zigarrenfabriken in Bremen getroffenen Abkommen beträgt hier der Lohn der Facharbeiter über 22 Jahre 67 Pf.

### Aus der Holzindustrie.

#### Leistungen des Arbeitgeberverbandes.

Vor einiger Zeit hat der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, gez. v. Jastrow, in der „Holzindustrie“ in großer Aufmachung mitgeteilt, daß er beim Reichsarbeitsminister und beim Reichswirtschaftsrat angefragt habe, ob es wahr sei, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband beantragt habe, die Holzverarbeitende Industrie unter den besonderen Schutz des § 7 der Arbeitsverordnung zu stellen. Jetzt ist der Arbeitgeberverband glücklich, seinen Mitgliedern an der gleichen Stelle den Antwortbrief des Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrats mitteilen zu können. In ihm steht, daß von Arbeiterseite ein solcher Antrag mit Bezug auf die Holzverarbeitende Industrie nicht gestellt wurde.

In dem fraglichen § 7 der Arbeitszeitverordnung ist bekanntlich gesagt, daß der Achtstundentag für Arbeiter, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, nur dann, und zwar nur um höchstens eine halbe Stunde überschritten werden darf, wenn das aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist. Im zweiten Absatz des Paragraphen wird gesagt, daß der Reichsarbeitsminister die in Frage kommenden Gewerbegruppen bestimmt. Auf Grund dieser Bestimmung wurde kürzlich die Verordnung erlassen, welche in den Kokerien und Hochöfenwerken das Zweischichtensystem verbietet. Aber die Aufstellung einer Liste von Gewerbegruppen, die gleichfalls den Schutz des § 7 genießen sollen, wird schon seit längerer Zeit in einem Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beraten.

Wer diesen Sachverhalt kennt, wird so leicht nicht auf den Gedanken kommen, daß auch für die Holzindustrie der Antrag gestellt sei, in diese Liste aufgenommen zu werden. Daß ein Wighold dem Arbeitgeberverband diesen Wären aufgebunden hat, ist schon glaubhaft, aber durch das offizielle Verbandsorgan der ganzen Welt verkündet, daß man dem Wighold aufgefallen ist, was doch kaum erforderlich, es sei denn, daß die Leitung des Arbeitgeberverbandes das dringende Bedürfnis gefühlt hat, den Mitgliedern einen Beweis ihres Eifers zu geben. Übrigens hätte sie sich durch eine telephonische Anfrage bei uns die nötige Veruhigung verschaffen können.

Die öffentlich bekanntgegebene Anfrage berührt noch aus einem anderen Grunde merkwürdig. Der Arbeitgeberverband sollte doch nun den Deutschen Holzarbeiter-Verband zur Genüge kennen, um zu wissen, daß er solche Krücken zur Sicherung des Achtstundentages verschmäht. Wollten wir warten, bis uns der Achtstundentag durch eine Anordnung des Reichsarbeitsministers gestiftet wird, dann hätten wir ihn längst verloren. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat Vertrauen zur eigenen Kraft, und deshalb ist es ihm gelungen, den Achtstundentag in der Holzindustrie zu sichern. An den Beratungen über den § 7 der Arbeitszeitverordnung ist unser Verband direkt in keiner Weise interessiert.

In einer anderen Nummer der „Holzindustrie“ veröffentlicht der Arbeitgeberverband eine Übersicht über die „Durchschnittslöhne im Deutschen Holzgewerbe“. Hierbei wird Bezug genommen auf eine ähnliche Zusammenstellung, die Herr Paeth kürzlich in seiner „Fachzeitung“ veröffentlicht hat. In einer Fußnote heißt es im Hinblick darauf:

Wir weisen besonders darauf hin, daß eine in einer Berliner „Fachzeitung“ des Tischlergewerbes am 1. März 1925 veröffentlichte Übersicht über die Löhne im Holzgewerbe keine Anhaltspunkte zum Vergleich bieten kann, da die darin mitgeteilten Zahlen in vielen Positionen den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.

Das ist zutreffend, aber nicht vollständig, denn auch auf die Veröffentlichung des Arbeitgeberverbandes trifft es zu, daß die Zahlen in vielen Positionen den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Wenn der Arbeitgeberverband dieses Material verwendet haben sollte, um das Ortsklassenverzeichnis der Landesvertragsgebiete aufzustellen, dessen Drucklegung er ankündigt, dann wird er auch damit in die Brüche geraten.

#### Auch ein Holzfachblatt.

Bei unserer Stellungnahme zum Himmelsbach-Fernbach-Prozess und zur „Mologa-Holzindustrie-A. G.“ haben wir auch einige Bemerkungen über die „Holzindustrie“ gemacht. Darüber ist diese nicht sonderlich erfreut. Sie widmet uns zwei Leitartikel, die gegen unsere Feststellungen wohl antworten, sie aber nicht erschüttern können. Zum wiederholten Male behauptet die „Holzindustrie“, sie sei parteipolitisch neutral. Bisher hatte Herr D. A. die schwierige Aufgabe, das zu beweisen. Jetzt tritt ein neuer Streiter in die Arena, der sich durch drei große Sterne kenntlich macht. Nachdem wir seinen Aufsatz gelesen haben, sind wir der Meinung, daß er an Stelle der Sterne ein Taiglicht als Symbol seiner Tüchtigkeit hätte wählen sollen. Vielleicht befolgt er unseren Rat bei der nächsten Gelegenheit.

Der Sternmann ist wahrscheinlich noch recht jung in der „Holzindustrie“, sonst müßte er wissen, daß diese wiederholt ganz offen parteipolitische Propaganda gemacht hat. Wir erinnern nur an ihre Unterstützung des Kampfes gegen das



Dawes-Gutachten. Hoherfreut veröffentlichte sie eines Tages den letzten und entscheidenden Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion...

Halb und halb ist auch das Wesen der „Holzindustrie“. Über die „Mologa-Holzindustrie-L.G.“ schrieb sie zunächst, sie sei für die deutsche Holzwirtschaft völlig bedeutungslos...

Wir begnügen uns mit diesen Proben von Sachlichkeit und parteipolitischer Neutralität der „Holzindustrie“. Vom gleichen Schlage wie ihre sach- und wirtschaftspolitischen Mitarbeiter sind auch ihre sozialpolitischen...

Gewerkchaftliches.

Die Gewerkschaften gegen die Steuerpläne des Bürgerblods.

Die Bürgerblockregierung Luther-Schiele-Stressemann hat jetzt einen Teil ihrer „Steuerreform“ veröffentlicht. Die Bundesvorstände der Gewerkschaften haben zu den Gesetzentwürfen Stellung genommen...

Eine Durchprüfung der Entwürfe ergibt, daß sie auf eine skandalöse Begünstigung des Besitzes abzielen. Man spricht von einer sogenannten vereinfachten Veranlagung für die Einkommen- und Vermögenssteuer...

Die Regierung wagt es, den Arbeitnehmern als einzige Erleichterung ihrer steuerlichen Last anzubieten, daß der-

jenige, der mehr als vier Kinder ernähren muß, für das fünfte und jedes weitere Kind in Zukunft 2 Prozent statt 1 Prozent in seiner Steuerrechnung einlegen darf.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erheben hiermit lauten Protest gegen diese Steuerreform zugunsten der Besitzenden. Sie verlangen schon heute, daß die Reichsregierung endlich auspricht, wie sie die Mehrkosten für die von vielen Parteien verlangte erhöhte Aufwertung auszubringen gedenkt.

Wir müssen die Regierung daran erinnern, daß das auch von ihr anerkannte Dawes-Gutachten die Art der notwendigen Steuerreform klar umrissen hat. Dort heißt es, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind...

Wo bleibt die Besteuerung der Inflationsgewinne?

Wann beginnt die Rückzahlung der Ruhrverdienste?

Es muß die Lohnsteuer weitgehend erleichtert werden!

Wir verlangen von der Reichsregierung eine Steuerpolitik, die nicht zuerst den Bedürfnissen der Besitzenden, der Industriekönige und Agrarier, sondern den Lebensnotwendigkeiten der breiten Masse des Volkes entspricht.

Die Steuerpolitik, wie sie jetzt getrieben wird, liegt auf einer Linie mit der Schutzollpolitik, die von der deutschen Schwerindustrie bei den Handelsvertragsverhandlungen immer sichtbar durchgeführt, von einer kleinen aber mächtigen Schicht der Großgrundbesitzer gedeckt und durch die verarbeitende Industrie, die heute in einem Hörigkeitsverhältnis zu den Rohstoffherrscheren lebt, geduldet wird.

Wirtschaftlicher Unverstand und politische Reaktion vereinigen sich, um die Konsumkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der breiten Masse des Volkes, das letzte Fundament unserer Wirtschaft, zu untergraben.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, zur Abwehr zu rufen!

Gegen die Verleumdung der Gewerkschaften.

Die Kommunistische Partei sieht ihre Hauptaufgabe in der Verleumdung der Gewerkschaften. Gegenwärtig fordert sie ihre Anhänger auf, die Gewerkschaftsführer zu fragen, wann der Volksentscheid über den Achtstundentag beantragt werde, und wo das für diesen Zweck gesammelte Geld geblieben ist.

Die Kommunisten wissen natürlich sehr genau, daß ihre Behauptungen falsch sind, es sind bewusste Verleumdungen. Wie jeder Gewerkschafter weiß, hat der Beschluß des ADB, über die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens über die Arbeitszeit den Volksentscheid zu be-

antragen, wenn sie vom Reichstag nicht bald erfolgt oder abgelehnt werden sollte, den Reichsarbeitsminister zu einer Aussprache mit den Arbeitsministern von Belgien, England und Frankreich veranlaßt.

Übrigens ist es recht verwunderlich, daß sich die Kommunistische Partei für die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens interessiert. Als die Gewerkschaften beschlossen hatten, einen Volksentscheid darüber herbeizuführen, wurden sie von den Kommunisten des Berrats am Achtstundentag beachtet.

Das zeigt auch die weitere Behauptung, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten habe mit den Barmats in reger Geschäftsverbindung gestanden und dabei 300 000 RM. verloren. Der wahre Sachverhalt ist wiederholt bekanntgegeben worden.

Literarisches.

Die Finanzskandale des Kaiserreichs. Von Kurt Selig. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Preis geb. 2,50 RM.

Die Finanzskandale, von denen zuletzt so viel gesprochen und geschrieben wird, stellen offensichtlich den Versuch der Reaktionäre dar, die Republik zu diskreditieren und sie gegenüber der von ihnen angestrebten Monarchie als marodisch minderwertig hinzustellen.

Der Prozeß des Reichspräsidenten. Bearbeitet von Karl Sommer. Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin SW. 16. Preis geb. 4,- RM.

Zentralbankentlastung der Tischler, Hamburg. Gesamteinnahmen im Februar 27 944,36 RM. Gesamtausgaben im Februar 21 701,36 RM.

An die Bewerber am die Besten... Möbeldreher... Tischler... Klempner...

Suche für meinen Sohn, 15 Jahre alt, eine... Tischlerlehrling... Malchin-Vorarbeiter...

Suche für meine Bergolderi und Kunstwerkstätte... Solide Korbmaderehilfen... Zwei tüchtige Korbmacher...

Spezial-Mattarbeiter bei guten Afford... Ein tüchtiger Korbmacher... Polierwalze...

Der beste Putzhobel mit nachstellb. Keil ohne Packholz... M. Hiessinger in Nürnberg

Scholiack-Ersatz, hell dunkel... Ziehklängen - Hobel... M. Walther, Dresden 22

Möbeldreher... Tischler... Klempner... Malchin-Vorarbeiter...

Suche für meine Bergolderi und Kunstwerkstätte... Solide Korbmaderehilfen... Zwei tüchtige Korbmacher...

Suche für meine Bergolderi und Kunstwerkstätte... Solide Korbmaderehilfen... Zwei tüchtige Korbmacher...

Spezial-Mattarbeiter bei guten Afford... Ein tüchtiger Korbmacher... Polierwalze...

Der beste Putzhobel mit nachstellb. Keil ohne Packholz... M. Hiessinger in Nürnberg

Scholiack-Ersatz, hell dunkel... Ziehklängen - Hobel... M. Walther, Dresden 22

Möbeldreher... Tischler... Klempner... Malchin-Vorarbeiter...

Suche für meine Bergolderi und Kunstwerkstätte... Solide Korbmaderehilfen... Zwei tüchtige Korbmacher...

Suche für meine Bergolderi und Kunstwerkstätte... Solide Korbmaderehilfen... Zwei tüchtige Korbmacher...

Spezial-Mattarbeiter bei guten Afford... Ein tüchtiger Korbmacher... Polierwalze...

Der beste Putzhobel mit nachstellb. Keil ohne Packholz... M. Hiessinger in Nürnberg

Scholiack-Ersatz, hell dunkel... Ziehklängen - Hobel... M. Walther, Dresden 22

Möbeldreher... Tischler... Klempner... Malchin-Vorarbeiter...

Suche für meine Bergolderi und Kunstwerkstätte... Solide Korbmaderehilfen... Zwei tüchtige Korbmacher...

Suche für meine Bergolderi und Kunstwerkstätte... Solide Korbmaderehilfen... Zwei tüchtige Korbmacher...

Spezial-Mattarbeiter bei guten Afford... Ein tüchtiger Korbmacher... Polierwalze...

Der beste Putzhobel mit nachstellb. Keil ohne Packholz... M. Hiessinger in Nürnberg

Scholiack-Ersatz, hell dunkel... Ziehklängen - Hobel... M. Walther, Dresden 22